

Noten des Hasses – rechtsextremistische Musik als Kommunikations- und Propagandainstrument

**4. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz
am 24. November 2005 in Erfurt**

Inhaltsverzeichnis

Eröffnung durch den Thüringer Innenminister Dr. Karl Heinz Gasser	3
Prof. Dr. Eckhard Jesse Der Rechtsextremismus der Gegenwart	7
Prof. Dr. Rainer Dollase Zur psychologischen und politischen Wirkung rechtsextremer Musik	18
Martin Kaufmann Rechtsextremistische Musik in Thüringen – Lage und Tendenzen	25

Eröffnung

Dr. Karl Heinz Gasser, Thüringer Innenminister

Das Thema des diesjährigen Symposiums – rechtsextremistische Musik – ist von höchster Aktualität. Erst am vergangenen Wochenende hat die Thüringer Polizei zum wiederholten Male erfolgreich zwei Skinheadkonzerte aufgelöst.

Nicht nur diese jüngsten Vorkommnisse zeigen uns die dringende Notwendigkeit, die Bedeutung von rechtsextremistischer Musik als Kommunikations- und Propagandainstrument bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Vordergrund zu stellen. Denn gerade in diesem Bereich ist ein Nachlassen der Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene leider nicht zu beobachten.

In Thüringen führt die NPD die meisten größeren rechtsextremistischen Veranstaltungen durch. Besonders das Medium „Musik“ wird dabei als Mobilisierungspotenzial und zur Mitgliederwerbung genutzt. Zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen können wesentlich mehr Personen – besonders Neonazis und Skinheads – mobilisiert werden, wenn rechtsextremistische Musik zum Einsatz kommt. Beispiele für NPD-Veranstaltungen mit erheblichen Musikanteilen stellten in diesem Jahr das „Fest der Völker“ in Jena und das „Friedensfest“ in Gera dar. Gerade das „Fest der Völker“ nahm aufgrund der Vielzahl von Bands und von Rednern sowie deren Internationalität einen neuen Stellenwert unter den rechtsextremistischen Veranstaltungen in Thüringen ein.

Besonders für die Aktivitäten und das Lebensgefühl von Skinheads spielen rechtsextremistische Musik und Konzerte eine entscheidende Rolle. Dies belegt die deutliche Zunahme von Skinheadkonzerten in Thüringen in den vergangenen drei Jahren. Im Jahr 2003 fanden vier Skinheadkonzerte statt; ein weiteres Konzert hatte die Polizei aufgelöst. 2004 wurden 12 Skinheadkonzerte bekannt; ein weiteres wurde von der Polizei im Vorfeld verhindert.

In diesem Jahr hat die rechtsextremistische Szene erneut verstärkt versucht, Konzerte durchzuführen. Das größte Skinheadkonzert fand am 2. April 2005 in Pößneck statt, im Anschluss an den Landesparteitag der NPD. An dem Konzert nahmen über 1.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und aus dem Ausland teil.

Nach diesem Konzert wurden die polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten in hohem Maße effektiviert – durch die wöchentlich stattfindende Sicherheitslage unter Leitung des Staatssekretärs, die Erhöhung der Einsatzstärke der Polizei zu den Schwerpunktzeiten am Wochenende, die Einrichtung einer ständigen Rufbereitschaft für Beamte im Innenministerium, die bei besonderen Einsatzlagen die Führungsverantwortung übernehmen. Eine Übersicht des Landeskriminalamtes über alle Örtlichkeiten, in denen bereits Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums stattgefunden haben, steht allen Behörden der Thüringer Polizei seit August 2005 zur Verfügung. Das Polizeiverwaltungsamt stellt bei besonderen Einsatzlagen einen kompetenten Ansprechpartner für die juristische Beratung zur Verfügung. Diese Maßnahmen haben sich bislang als erfolgreich erwiesen.

Die rechtsextremistische Musik bietet der Szene eine Plattform für eine intensive überregionale, teilweise auch internationale Zusammenarbeit. Dies gilt sowohl für die Auftritte von Skinheadbands als auch für die Produktion von Musik. Zudem werden durch Versandhandel,

Szeneläden, durch den Betrieb von Labels sowie durch die Konzerte selbst finanzielle Gewinne erzielt.

Ein aktuelles Beispiel für die zunehmende Professionalisierung des rechtsextremistischen Vertriebswesens ist das „Projekt Schulhof“. Mit diesem Projekt hat die Szene einen neuen Weg beschritten. Vorgesehen ist eine offensive „flächendeckende“ Verteilung rechtsextremistischer Musik an Jugendliche, die der rechten Szene bislang nicht angehören. Die CDs sollen vor Schulen und an öffentlichen Orten wie Jugendtreffs und Bushaltestellen kostenlos an Jugendliche verteilt werden. Etwa 50.000 CDs wurden für dieses Projekt produziert. Nach einer erneuten Bewertung der Strafverfolgungsbehörden vom Oktober 2005 ist der Inhalt der CD strafbar.

In der ersten Augustwoche dieses Jahres wurden in mehreren Orten in Thüringen erstmals CDs verteilt, die möglicherweise aus diesem Projekt stammen. Das Landeskriminalamt leitete Ermittlungsverfahren ein wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie der Verbreitung von schwer jugendgefährdenden Medien.

Darüber hinaus sollten Jugendliche mit einer kostenlosen „Schulhof-CD“ angesprochen werden. Diese CD wurde im Vorfeld der Bundestagswahl auch an Thüringer Schulen verteilt. Sie ist jedoch nicht mit der CD aus dem „Projekt Schulhof“ identisch.

Im Zusammenhang mit dem „Projekt Schulhof“ und den Verteilaktionen der „Schulhof-CD“ erfolgte eine enge Zusammenarbeit zwischen den Präventionsbeamten der Thüringer Polizei und den Schulen vor Ort.

Das Ziel der rechtsextremistischen Szene ist offensichtlich: Durch die Musik sollen besonders Jugendliche angesprochen und für die politischen Gedanken und Ziele des rechten Spektrums eingenommen werden.

Wir müssen uns daher die Frage stellen, was gegen diese Vorgehensweise unternommen werden kann. Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir einerseits die Situation der Jugendlichen betrachten und andererseits die psychologischen und sozialen Wirkungsmöglichkeiten der Musik und der Konzerte.

Die Ursachen sind vielfältig. Ich möchte hier nur eine verkürzte Darstellung einiger aus meiner Sicht wesentlichen Aspekte geben. Herr Professor Jesse und Herr Professor Dollase werden sicher noch sehr viel näher auf die Wirkungszusammenhänge eingehen.

Junge Menschen müssen während des Heranwachsens ihre eigene Identität finden. Die Persönlichkeit eines Menschen wird stark beeinflusst von Erfahrungen mit seiner sozialen Umwelt. In besonderem Maße wird der Mensch dabei von denjenigen Erfahrungen geprägt, die er in jungen Jahren macht – als Kind oder als Jugendlicher.

Um ihre Persönlichkeit herauszubilden und zu festigen, benötigen deshalb gerade junge Menschen eine feste Basis von Grundwerten: das Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit, Selbstbewusstsein und Gemeinsinn. Für die frühzeitige Vermittlung dieser Werte spielt das Elternhaus eine grundlegende Rolle. Die Vertiefung dieser Werte und die historische und politische Bildung junger Menschen in der Schule sind mindestens ebenso wichtig.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit, gehen weder an Eltern noch an Jugendlichen spurlos vorüber. Eltern stehen häufig be-

ruflich stark unter Druck und sind in vielfältigen sozialen Zwängen verhaftet. Oftmals haben sie wenig Zeit, um über Schwierigkeiten oder Probleme, die ihre Kinder bewegen, ausführlich zu sprechen. Ein aufmerksamer, offener Umgang miteinander und funktionierende soziale Beziehungen in Elternhaus und Schule sind aber ein wesentlicher Schutz gegen die Anfälligkeit für extremistisches Gedankengut.

Hinzu kommt, dass die Eltern, aber auch Lehrer, oftmals bestimmte Parolen, Symbole oder eben auch Musikbands nicht in das rechtsextremistische Spektrum einordnen können. So erkennen sie rechtsextremistische Tendenzen ihrer Kinder oder Schüler erst spät.

Darüber hinaus sehen sich viele Jugendliche angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation mit einer beruflichen und persönlichen Perspektivlosigkeit konfrontiert, gegen die sie hilflos zu sein scheinen. Ein schlechter Schulabschluss und in der Folge kein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz können dazu führen, dass Gefühle von Hilflosigkeit, Zukunftsängsten und psychischer Frust entstehen. Die Suche nach Verantwortlichen provoziert oft Aggressionen gegen andere.

Gleichwohl suchen junge Menschen nach Akzeptanz und Anerkennung. An diesem Punkt setzen die rechtsextremistische Musik und die organisierten Konzerte an. Sie vermittelt den jungen Zuhörern ein starkes Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl nach dem Motto: „Du bist einer von uns, wir brauchen dich, denn gemeinsam sind wir stark.“ Das Gefühl der Hilflosigkeit weicht durch die Musik als Symbol der Gemeinsamkeit mit Anderen einer Art Enthusiasmus. Die Organisatoren der Konzerte nutzen dabei nicht zuletzt strukturelle Prinzipien der Gruppendynamik aus, um Jugendliche zu begeistern und fehlende Werte und Ziele vermeintlich zu ersetzen. Der Einfluss, den sie damit auf die Jugendlichen ausüben, darf keinesfalls unterschätzt werden.

Die Musik trägt so zum Einstieg in das rechtsextremistische Spektrum bei. Durch die oftmals gewaltverherrlichenden Texte wird diese Entwicklung noch zusätzlich angeheizt und führt zur Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung. Die meisten der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gehen in Thüringen von Skinheads aus.

Was sich dieser Tage in den Städten Frankreichs abgespielt hat, zeigt in dramatischer Deutlichkeit, welche Folgen eine jahrelang aufgestaute Kombination mangelnder Bildung, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit haben kann. Es gibt absolut keine Situation, die es rechtfertigt, derartige Straftaten zu begehen. Gleichwohl zeigen die Vorgänge in Frankreich, wie gefährlich es für die Stabilität einer Gesellschaft sein kann, die Bildung von sozialen oder politischen Randgruppen gerade unter Jugendlichen zu ignorieren.

Wenngleich die Jugendlichen auf Thüringer Schulhöfen in der Regel keiner politischen oder sozialen Randgruppe angehören, so ist die Gefahr, dass solche Gruppen sie für ihre Ziele einnehmen, doch ohne Zweifel gegeben. Denn die rechtsextremistische Szene nutzt die psychische und soziale Situation von Jugendlichen unter anderem mit ihren Schulhof-Aktionen gezielt aus.

Die rechtsextremistische Musik wirkt dabei sozusagen als „Einstiegsdroge“ in die rechtsextremistische Szene. Deshalb müssen wir diese Droge mit allen uns zur Verfügung stehenden präventiven und repressiven Mitteln bekämpfen.

Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet das heutige Symposium. Es fügt sich ein in die intensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz.

Ich wünsche allen Teilnehmern interessante Beiträge und Erkenntnisse, die ihre künftigen Bemühungen im Kampf gegen rechtsextremistisches Gedankengut unterstützen mögen.

Den Organisatoren und Referenten danke ich sehr herzlich für ihr Engagement bei der Realisierung des Fachsymposiums.

Der Rechtsextremismus der Gegenwart

1. Einleitung

Dieser einleitende Beitrag bietet vor allem einen Überblick zur gewichtigsten parteipolitischen Kraft im Rechtsextremismus, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Die Leitfrage soll sein, ob nach den Erfolgen der Sozialistischen Reichspartei Anfang der fünfziger Jahre, der NPD in der zweiten Hälfte zwischen 1966 und 1968 und denen der „Republikaner“ Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger eine neue – eine vierte – Welle des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus bevorsteht. Zugleich wird ein Blick auf den gewalttätigen Rechtsextremismus geworfen, insbesondere auf die Skinhead-Szene.

Die NPD stellt die älteste rechtsextremistische Partei der Bundesrepublik Deutschland dar. Sie ist aufgrund des missratenen Verbotsverfahrens und eines hohen Stimmenanteils (9,2 Prozent) bei der sächsischen Landtagswahl vom Herbst 2004 in aller Munde: Ihre verschlungene Geschichte, mehr durch Niederlagen als durch Siege gekennzeichnet, ist hingegen weniger gut bekannt. Den Ausführungen zum parteipolitischen (einer nicht-gewalttätigen, fest organisierten Variante) und zum Skinhead-Rechtsextremismus (einer gewalttätigen, nicht fest organisierten Variante) ist eine kurze Bestimmung des Extremismusbegriffs samt der Extremismusformen vorgelagert. Abschließend wird angedeutet, welche Rolle die Musik im rechtsextremistischen Milieu spielt; sie firmiert oft als Bindeglied innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

2. Begriffsbestimmung und Formen des Extremismus

Mit dem Terminus des Extremismus sind solche politischen Richtungen gemeint, die Werte und Verfahrensregeln der freiheitlichen Demokratie ablehnen. Extremismus ist damit der Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat.¹ Der Extremismus ist gekennzeichnet durch die Identitätstheorie der Demokratie, durch Freund-Feind-Stereotypen, durch ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel durch ein Missionsbewusstsein. Wer vom Glauben an ein objektiv erkennbares und vorgegebenes Gemeinwohl beseelt ist und Gesetzmäßigkeiten zu erkennen wähnt, kann die Legitimität unterschiedlicher Meinungen und Interessen innerlich nicht bejahen, allenfalls aus taktischen Gründen.

Extremismus fängt nicht erst bei Gewaltanwendung oder bei -propagierung an. Bereits spezifische Ziele können gemäß dem Konzept der streitbaren Demokratie extremistisch sein. Ist sich die Öffentlichkeit über den extremistischen Charakter gewalttätiger Formen schnell einig, so gehen die Auffassungen beim nicht-gewalttätigen Extremismus weit auseinander. Das

¹ Vgl. die Grundlagenstudie von Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989; zum hiesigen Extremismus Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2004. Zum neuesten Stand: Harald Schoen/Siegfried Bühler, *Feinde im Inneren: Politische Extremismus im vereinigten Deutschland*, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger/ Harald Schoen (Hrsg.), *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*, München 2006, S. 188-211.

gilt selbst für Verfassungsschutzbehörden. Im Lande Brandenburg erwähnt der dortige Verfassungsschutzbericht die PDS mit keinem Wort, im Freistaat Bayern gilt sie – und nicht etwa bloß die eine oder andere parteiinterne Gruppierung – als extremistisch. In den meisten Bundesländern werden einzelnen Gruppierungen der PDS (wie die Kommunistische Plattform oder die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen) zu den linksextremistischen Strömungen gerechnet.² Zwar fehlen zur Bestimmung als extremistisch klare Trennungslinien wie Längen- und Breitengrade in der Geographie. Jedoch ist es wenig plausibel, deswegen so zu tun, als handle es sich bei den Termini links- oder rechtsextremistisch um recht willkürliche Zuschreibungen, die durch Deutungshoheiten hervorgerufen werden. Vielmehr geht es um die offene oder verdeckte Ablehnung eines Minimalkatalogs an Werten und Spielregeln, der für das gedeihliche Zusammenleben der Menschen unerlässlich ist.

Die Widerstände gegen die Übernahme des vergleichenden Extremismusbegriffs sind in der Bundesrepublik Deutschland, und nicht nur hier, zum Teil noch immer beträchtlich – in der Politik ebenso wie in der Publizistik und in der (Politik)Wissenschaft.³ Damit werde einer „selbstgerechten Mitte“ das Wort geredet. Manche befürchten von einem Vergleich der beiden Varianten eine Relativierung der menschenverachtenden Politik von rechts außen. Ein normativer Vergleich führe nicht zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern behindere sie.

Wer am Begriff des Extremismus festhält, setzt dessen Formen nicht gleich. Ihm geht es allerdings um das Gefährdungspotential für den demokratischen Verfassungsstaat, gleich von welcher Seite es ausgeht. Vor allem soll nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Hat sich nach dem Kollaps des „realen Sozialismus“ der Begriff vom „antitotalitären Konsens“ weitgehend durchgesetzt, so gilt das nicht für den „antiextremistischen Konsens“. In dem einen Fall handelt es sich um ein vergangenes, in dem anderen um ein gegenwärtiges Phänomen.

Was die politische Zielsetzung angeht, so wird gemeinhin zwischen Links- und Rechtsextremismus differenziert. Rechts- und linksextremistische Bestrebungen sind jeweils wieder in unterschiedliche Richtungen aufgespalten. Jeder Nationalsozialist ist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ist ein Nationalsozialist. Die gleiche Zuordnung gilt für Stalinisten und Linksextremisten. Durch den Zusammenbruch des „Vaterlandes aller Vaterländer“ und den Wandel des chinesischen Kommunismus ist die früher gängige Unterscheidung zwischen moskau- und pekingorientierten Kommunisten längst überholt.

Deswegen herrscht aber keine Einigkeit über die Zielsetzung. Allein der Trotzismus ist in eine Vielzahl von sektiererischen Gruppierungen gespalten. Alle berufen sich auf Leo Trotzki, den von Stalin verstoßenen und im mexikanischen Exil ermordeten kommunistischen Revolutionär. Bei den Rechtsextremisten gibt es ebenso ein breites Spektrum. So sprach sich die Partei der „Republikaner“ für ein Verbot der militanten NPD aus. Die Differenzen sind nicht nur taktisch-strategischer, sondern prinzipieller Natur. Eine spezifische Form des Rechtsextremismus ist der „Negationismus“. Diesem geht es darum, die massenhafte Vergasung von Juden in Vernichtungslagern zu leugnen. Der Vorwurf der „Auschwitz-Lüge“ schlägt auf die Urheber zurück.

Der politisch-religiös ausgerichtete Fundamentalismus gilt als eine eigenständige Spielart des Extremismus jenseits von rechts und links. Auch in Deutschland spielt diese eine immer stärkere Rolle. Das gilt vor allem für den islamischen Fundamentalismus. So existieren mehrere

² Vgl. die Einordnung durch Jürgen W. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003.

³ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005.

Netzwerke „Arabischer Mujahedin“, der Kämpfer für die Sache Allahs.⁴ Den „Ungläubigen“ ist der Kampf angesagt. Die Absage an westliche Werte – die USA fungieren als Hauptfeind – ist fundamental.

Der politische Extremismus kann nicht nur nach der politischen Richtung (Rechtsextremismus, Linksextremismus, politisch-religiöser Fundamentalismus) geschieden werden, sondern auch danach, in welcher Form er agiert. Wer die jeweilige Aktions- und Organisationsweise berücksichtigt, kommt zu einer komplexen Differenzierung. Hauptkriterium für die Aktionsform soll die Frage sein, ob die jeweilige extremistische Gruppierung Gewalt anwendet, Hauptkriterium für die Organisationsform, ob ein fester Zusammenschluss besteht. Es bietet sich unter der Vernachlässigung von Zwischenstufen die folgende Typologie an: (1) Extremismus, der Gewalt anwendet und eine feste Organisation aufweist; (2) Extremismus, der Gewalt anwendet und keine feste Organisation aufweist; (3) Extremismus, der keine Gewalt anwendet und nicht fest organisiert ist; (4) Extremismus, der keine Gewalt anwendet und fest organisiert ist.⁵

Zum *Typus 1*: Unter diese Rubrik fällt der fest organisierte und planmäßig aus dem Untergrund operierende Terrorismus, der in Deutschland vor allem in den siebziger Jahren Schrecken verbreitet hat. Im Frühjahr 1998 erklärte der Rest das „Experiment“ der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) für beendet. Heute sind nur noch wenige Terroristen wie Brigitte Mohnhaupt inhaftiert. Den Anfang der achtziger Jahre im Anfangsstadium steckengebliebenen terroristischen Gruppierungen rechtsextremistischer Observanz fehlte es überwiegend an vergleichbarer Logistik und Planungsintensität.

Zum *Typus 2*: Hierzu zählen die „Autonomen“ auf der linken, die „Skinheads“ auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Die Aktionen der „Autonomen“ richten sich häufig gegen „Faschos“ und „Bullen“, die der Skinheads vielfach gegen Fremde (nicht zuletzt gegen Asylbewerber). Die Szene der Autonomen bekämpft mit ihren militanten Aktionen das „Schweinesystem“. In den neunziger Jahren ist die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten zurückgegangen, die der gewaltbereiten Rechtsextremisten in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts in die Höhe geschneilt, vor allem in den neuen Bundesländern.

Zum *Typus 3*: Bei ihm handelt es sich um Intellektuelle, die – direkt oder unterschwellig – gegen den demokratischen Verfassungsstaat agitieren. In intellektuellen Milieus ist der Linksextremismus auch nach 1989/90 weniger isoliert als der Rechtsextremismus. Allerdings haben sich Wandlungen gegenüber der Zeit vor 1989 vollzogen. Zum einen ist die Anfälligkeit mancher Intellektueller gegenüber utopischen Ideen von links zurückgegangen, zum andern scheint sich erstmals – bisher mit geringen Erfolgen – eine intellektuelle Strömung von rechts zu formieren.

Zum *Typus 4*: Hierzu gehören nahezu alle extremistischen Parteien. In der Bundesrepublik gab es drei (eingangs bereits erwähnte) Wellen des Rechtsextremismus (und zwei Hochphasen des parteipolitisch organisierten Linksextremismus (die KPD Ende der vierziger Jahre und die – deutlich gemäßigtere – PDS seit den neunziger Jahren): Mit der Nennung dieser Parteien wird sofort deutlich, dass unter „Rechtsextremismus“ wie „Linksextremismus“ ganz verschiedene Strömungen fallen.

⁴ Vgl. u.a. Jan Keller, Netzwerke „Arabischer Mujahedin und ihre Bezüge nach Deutschland“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 194-208.

⁵ Vgl. ausführlicher dazu Uwe Backes/Eckhard Jesse (Anm. 3), S. 345-361.

Der Begriff Extremismus stellt ein Pejorativum dar; keiner will ein Extremist sein. Kurioserweise sprechen vor allem jene von einem „Extremismus der Mitte“, die den Extremismusbegriff eigentlich ablehnen.⁶ Auch die NPD sieht sich nicht als extremistisches Gebilde. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus.

3. Organisierter, nicht gewalttätiger Rechtsextremismus: das Beispiel der NPD

Die 1964 gegründete NPD zog zwischen 1966 und 1968 vorwiegend als Reaktion auf eine wirtschaftliche Rezession und die Große Koalition wie die Studentenbewegung in sieben Landesparlamente ein.⁷ Nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent an der Fünfprozenthürde versank die Partei in die Bedeutungslosigkeit. Dieses Mauerblümchendasein setzte sich auch nach der friedlichen Revolution in den neuen Bundesländern zunächst fort.

In den letzten Jahren trat unter dem Parteivorsitzenden Udo Voigt eine Radikalisierung der NPD ein, nicht zuletzt durch den Zulauf von Mitgliedern verbotener Vereinigungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Damit öffnete die Partei sich sogleich zum Teil Kräften des Neonationalsozialismus. Ihr neues strategisches Konzept stützt sich seit 1997 auf drei Säulen: „Wenn die NPD ihre Ziele in Deutschland erreichen will, muss sie – im übertragenen Clausewitzschen Sinne gesprochen – drei große Schlachten schlagen: die Schlacht um die Köpfe, die Schlacht um die Straße, die Schlacht um die Wähler“.⁸ Mit der „Schlacht um die Köpfe“ ist die Programmatik gemeint, mit der „Schlacht um die Straße“ die Massenmobilisierung, mit der „Schlacht um die Wähler“ die Wahlteilnahme. „Keine von ihnen ist ohne die anderen sinnvoll oder auch nur möglich. Alle Mitglieder, insbesondere die Amtsträger der NPD sind aufgefordert, je nach eigenen Stärken und Schwächen den Schwerpunkt ihres Einsatzes innerhalb dieses Dreiecks zu wählen, das von drei Säulen aufgespannt wird, ohne jedoch eine einzelne Säule aus den Augen zu verlieren.“⁹ So hat die NPD ihre Konzeption interpretiert. Nach dem Erfolg in Sachsen fügte der Parteivorsitzende Udo Voigt auf dem Parteitag in Leinefelde im Oktober 2004 eine neue Säule hinzu: den „Kampf um den organisierten Willen“. Mit dem „organisierten Willen“ ist die Bündelung aller Kräfte des „nationalen Lagers“ gemeint – von der Deutschen Volksunion bis zu den „Freien Kameradschaften“. Das soll martialisch klingen, aber die Wirklichkeit sieht bescheidener aus.

Der von seinen Vorgängern nach außen hin an den Tag gelegten Verfassungstreue (bei Günter Deckert¹⁰ war dies schon anders) befließigt sich der Vorsitzende Voigt nicht. Er predigt revolutionären Kampf, macht kein Hehl aus seiner Auffassung, die Verfassungsordnung in Deutschland zu stürzen. War seine Position während des Verbotsverfahrens etwas zurückhaltender, so tritt er seither wieder ungeschützt auf. Nach dem erfolgreichen Ergebnis bei der Landtagswahl in Sachsen erklärte er gegenüber der „Jungen Freiheit“ vollmundig: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne,.. Und weiter: „Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in

⁶ Vgl. ausführlicher ebd., S. 157-169.

⁷ Vgl. zur Geschichte der NPD bis zum Beginn der Ära Voigt: Uwe Hofmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a.M. 1999.

⁸ Das strategische Konzept der NPD, in: Holger Apfel (Hrsg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 359.

⁹ Ebd., S. 360.

¹⁰ Deckert amtierte von 1991 bis 1995 als Bundesvorsitzender.

Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, indem sie frei leben können.“¹¹ Voigt ließ keine Zweifel an seiner Legalitätstaktik aufkommen. Die Partei halte sich an die Gesetze, solange die Bundesrepublik existiere, aber sie erstrebe deren Überwindung.

Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiamerikanismus und vor allem Antikapitalismus bestimmen die Ideologie der NPD, deren Parteiprogramm allerdings vergleichsweise moderat formuliert ist. Die Idee der „Volksgemeinschaft“ nimmt bei ihr einen breiten Raum ein. Für die NPD spielt der Antikommunismus als Klammer – im Gegensatz zur Zeit vor 40 Jahren – nicht mehr die geringste Rolle. Im Gegenteil: Die Partei verfiicht ganz massiv den Kampf gegen das „Großkapital“.

Im Jahre 2001 stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat Verbotantrag gegen die NPD, nachdem es im Sommer 2000 in Anschluss an (tatsächliche oder vermeintliche) rechts-extremistische Exzesse zu einer öffentlichen Verbotsdiskussion gekommen war. Am 18. März 2003 beendete das Bundesverfassungsgericht das Verfahren, weil die Rolle der V-Leute innerhalb der Führungsgremien der NPD ein nicht behebbares Verfahrenshindernis bedeuteten.¹² Das Gericht stellte der Partei damit aber keinen „Persilschein“ aus.

Die NPD konnte durch ihre Radikalisierung zwar den Anteil ihrer Mitglieder innerhalb weniger Jahre auf 6.000 verdoppeln, jedoch bei den Wahlen lange nicht reüssieren. In den neunziger Jahren schnitt die Partei am besten bei den sächsischen Landtagswahlen 1999 ab (1,4 Prozent). Nur ein einziges Mal noch konnte sie in jenem Zeitraum die für die Parteienfinanzierung wichtige Hürde von einem Prozent erreichen (bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1998 mit 1,1 Prozent). Bei den Wahlen vom Jahre 2000 an erreichte sie in Schleswig-Holstein 1,0 Prozent. Sonst blieb sie stets unter der Marke von einem Prozent – bis zum Jahre 2004. Bei der Bundestagswahl 2002 steigerte sie sich mit 0,4 Prozent der Stimmen nur um 0,1 Punkte gegenüber der letzten Wahl 1998.

Während die NPD bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 29. Februar 2004 mit 0,3 Prozent der Stimmen nicht vom Niedergang der Schill-Partei profitieren konnte, bekam sie bei der Landtagswahl in Thüringen am 13. Juni 2004 1,6 Prozent, bei der Landtagswahl im Saarland am 5. September 4,0 Prozent und bei der Landtagswahl in Sachsen 14 Tage später aufsehenerregende 9,2 Prozent und erreichte damit fast das Ergebnis der SPD. Dabei besitzt die Partei in Sachsen nur 1.000 Mitglieder. Trotz vieler öffentlicher Warnungen zog sie das erste Mal nach 1968 wieder in einen Landtag ein. 2005 und 2006 konnte die NPD ihren sächsischen Wahlerfolg nirgendwo wiederholen, in Nordrhein-Westfalen nicht einmal die für die Wahlkampfkostenerstattung wichtige Hürde von einem Prozent überwinden. Immerhin erreichte die Partei bei der Bundestagswahl 1,6 Prozent der Zweitstimmen. Das ist das beste Ergebnis bei einer Bundestagswahl nach 1969. In den neuen Ländern kam sie auf 3,6 Prozent (in Sachsen sogar auf 4,9 Prozent), in den alten Bundesländern dagegen nur auf 1,1, Prozent. Hier fallen ihr angesichts einer stärkeren Parteiidentifikation und besserer ökonomischer Bedingungen Erfolge wesentlich schwerer. Die Erfolge der NPD, zum Teil mittlerweile eine Partei der „Kümmerer“, erklären sich im Osten wesentlich mit ihrer Funktion als „Denkzettel“-Partei. Von dem Gewinn dreier Direktmandate blieb die NPD weit entfernt. In keinem

¹¹ „Ziel ist, die BRD abzuwickeln.“ Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems, in: Junge Freiheit v. 24. September 2004, S. 3.

¹² Vgl. für Einzelheiten: Lars Flemming. Das NPD-Verbotsverfahren, Baden-Baden 2005. Zur Position des Verfassers: Eckhard Jesse, Soll die Nationaldemokratische Partei Deutschlands verboten werden? Der Parteiverbotantrag war unzumutbar, ein Parteienverbot ist rechtmäßig, in: Politische Vierteljahresschrift 42 (2001), S. 683-697; ders., Der gescheiterte Verbotantrag gegen die NPD, Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden, in: Politische Vierteljahresschrift 44 (2003), S. 292-301.

Wahlkreis fiel das Ergebnis zweistellig aus. Das beste Resultat erzielte Uwe Leichsenring im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Weißeritzkreis mit 7,8 Prozent der Erststimmen.

Der Höhenflug der Partei in Sachsen basiert auf ihrer vergleichsweise guten Organisation¹³ und ihrer aggressiven Kampagne gegen „Hartz IV“ („Schnauze voll?“), die die der PDS in den Schatten gestellt hatte. Die NPD hielt sich im Wahlkampf mit offen ausländerfeindlichen Parolen zurück, schürte aber Ängste vor eine Osterweiterung der EU. Hatte die DVU in Sachsen zugunsten der NPD auf eine Wahlteilnahme verzichtet¹⁴, so war dies bei der für die DVU erfolgreichen Landtagswahl in Brandenburg (6,1 Prozent) am gleichen Tag umgekehrt.

Am 15. Januar 2005 schlossen DVU und NPD einen „Deutschland-Pakt“, so der pompöse Ausdruck. Die beiden Parteien wollen bis Ende 2009 nicht mehr gegeneinander antreten. Der „Bruderkampf“ sei eingestellt. Frühere Absprachen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums hatten angesichts der programmatischen Unterschiede und der personellen Eifersüchteleien nicht lange gehalten. Die NPD, deren Repräsentanten bis vor kurzem selbst bei Rechtsextremisten als „Schmuddelkinder“ galten, dominiert aufgrund ihrer Kaderstruktur momentan klar in der Parteienlandschaft des „nationalen Lagers“, auch wenn sie mit bundesweit knapp 6.000 Personen über weniger Mitglieder verfügt als die DVU und die Partei der „Republikaner“.

Wie sich nach einem Jahr zeigt, weist die sächsische NPD-Fraktion bei manchen internen Konflikten (z.B. zwischen „Tauben“ und „Falken“, zwischen Ost- und Westdeutschen) einen größeren Zusammenhalt auf als manche andere Fraktion rechtsextremistischer Parteien. Der Arbeitsstil ist zum Teil durch Sacharbeit geprägt (in den Ausschüssen), zum Teil auf Provokation angelegt (im Plenum).¹⁵ Das Wort vom „Bomben-Holocaust“ des NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel mit Blick auf die Zerstörung Dresden im Februar 1945 machte Schlagzeilen weit über die Grenzen Sachsens hinaus.

Oft wurde von ihren Gegnern nicht genügend geprüft, ob die Aussagen propagandistischer Natur waren oder der Realität entsprachen. Das gilt etwa für im Mai 2005 ins Leben gerufene „Dresdner Schule“, die nach Jürgen Gansel ein Gegengewicht zur „Frankfurter Schule“ sein soll.¹⁶ Auch wenn die NPD über eine Reihe von Intellektuellen in ihrem Mitarbeiterstab verfügt (wie Karl Richter und Andreas Molau), so ist es mit der „Denkfabrik“ der „Dresdener Schule“ und ihren plakativen Formeln nicht weit her. Die Kampfansage gilt u.a. dem egalitären Menschenbild.¹⁷ Auch die großspurige Behauptung von Udo Voigt, die WASG unterwandern zu wollen¹⁸, wurde nicht immer als Propagandatrick erkannt. Zu den vollmundigen Parolen, die provozieren und Aufmerksamkeit finden sollen, gehört ebenso Voigts Propagierung einer „Volksfront von rechts“.

¹³ Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005.

¹⁴ In Sachsen trug zum Erfolg wesentlich auch der von der Bundespartei nicht gewünschte Rückzug der „Republikaner“ von der Wahlteilnahme bei. Sie hatten mit 3,4 Prozent bei der Europawahl im Freistaat 0,1 Punkte mehr erzielt als die Nationaldemokraten.

¹⁵ Vgl. Franziska Brech, Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen – Arbeitsstil – Entwicklungsperspektiven (Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung), Berlin 2005.

¹⁶ Vgl. für Einzelheiten die Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“, in: http://www.sachsen.npd.sa.info/aktuell/2005/erklarung_des_landtagsabgeordn.html (Stand: 1. September 2005).

¹⁷ Vgl. zur Kritik Eckhard Jesse, Extremismus in Sachsen. Ist unsere Demokratie in Gefahr?, Dresden 2005, S. 16-19.

¹⁸ Vgl. Stefan Kaiser/Maike Rademaker, NPD-Chef Voigt will WASG systematisch unterwandern. Linke Parteien reagieren empört über Äußerung, in: Financial Times Deutschland v. 27. Juni 2005, S. 14.

Im Gegensatz zu anderen rechtsextremistischen Fraktionen, die zum Teil schnell zerfielen, galt die sächsische NPD-Fraktion als weitaus gefestigter, auch wenn immer wieder von Ost-West-Gegensätzen die Rede war. Selbst wenn zuweilen von Konflikten zwischen den ost- und den radikaleren westdeutschen Abgeordneten die Rede war (beispielsweise trat der aus dem Westen stammende Fraktionsvorsitzende Holger Apfel deutlich aggressiver auf als sein Stellvertreter, der Sebnitzer Arzt Johannes Müller), so rechnete gleichwohl kaum jemand mit einer ernsthaften internen Zerreißprobe. Die sächsische NPD-Führung wurde in der zweiten Dezemberhälfte des Jahres 2005 jedoch von einem heftigen Schlag getroffen. Innerhalb weniger Tage traten die Abgeordneten Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön aus der Partei aus, behielten aber das Mandat.¹⁹ Sie äußerten Unzufriedenheit mit der als autoritär empfundenen Fraktionsführung und warfen Teilen der Fraktion in abgestufter Weise vor, neonationalsozialistisches Gedankengut salonfähig machen zu wollen. Zumindest zwei der drei Abgeordneten sollen zuvor Kontakte mit dem Verfassungsschutz gehabt haben (z.B. über dessen „Aussteigerprogramm“), jedoch keine nachrichtendienstliche Kooperation eingegangen sein. Überraschung löste zumal der Schritt von Schön aus, des ersten Landesvorsitzenden der Partei und des langjährigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden (1996-2004). Die CDU erklärte klipp und klar, keinen der Aussteiger in ihre Fraktion aufzunehmen.

Die NPD beschuldigte die Abgeordneten des Verrats und unterstellte mehr oder weniger direkt eine Tätigkeit für den Verfassungsschutz. Dabei hat die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages dies unzweideutig verneint.²⁰ Bei der Diskussion im Landtag über die Rolle des Verfassungsschutzes verstieg sich der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel zu den folgenden Worten: „Auf diesen bundesdeutschen Stasi-Staat, der keine Demokratie, sondern deren Karikatur ist, spucke ich.“²¹ Auf ihrem Sonderparteitag im Februar 2006 setzte die Parteispitze die „Schlamm Schlacht“ mit den „Abtrünnigen“ fort. Udo Voigt erklärte: „Zu Kaisers Zeiten hätte man sie in die Reichsacht getan und für vogelfrei erklärt.“²²

Dieser Schritt der drei Abgeordneten hat die NPD weiter geschwächt. Es ist deutlich geworden, dass sie weniger denn je einen monolithischen Block darstellt.²³ Die Probleme, die die NPD mittlerweile in ihrer regionalen Hochburg hat, sind ein Indiz dafür sein, dass der Wiedereinzug in das nächste Landesparlament unwahrscheinlicher geworden ist. Zumal die NPD sich immer wieder eine Blöße beim Thema Nationalsozialismus gibt: So lehnte sie im Januar 2006 die umstrittene, an alle Parteien gerichtete Einladung des Landtagspräsidenten Erich Iltgen zu einer Reise nach Auschwitz ab. Holger Apfel erklärte in der ihm eigenen Art: „Die NPD-Fraktion wird sich nicht an einseitigen Sühnebekenntnisse beteiligen – weder in Auschwitz noch anderswo.“²⁴ Solange die NPD das Thema „Vergangenheitsbewältigung“ in dieser Form behandelt, stehen ihre Chancen schlecht, zumal der Partei nach wie vor keine gesellschaftliche Verankerung gelungen ist, von einigen Gebieten in der Sächsischen Schweiz abgesehen.

¹⁹ Vgl. Reiner Burger, Da waren es nur noch neun. Innerhalb weniger Tage ist die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag um ein Viertel geschrumpft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24. Dezember 2005, S. 2; Annette Ramelsberger, Ein Schlag, der die NPD erschüttert, in: Süddeutsche Zeitung v. 3. Januar 2006, S. 8.

²⁰ Vgl. Reiner Burger, NPD-Austritte wurden nicht betrieben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. Januar 2006, S. 4.

²¹ Zitiert nach Andreas Förster, Rechte sorgen für Eklat im Landtag. NPD-Abgeordneter: Spucke auf diesen Staat, in: Berliner Zeitung v. 27. Januar 2006.

²² Zitiert nach Michael Bartsch, NPD rechnet mit „Verrätern“ ab, in: die tageszeitung v. 6. Februar 2006, S. 7.

²³ Vgl. Reiner Burger, Tiefes Misstrauen. Nach dem Austritt von drei Abgeordneten gelten in Sachsens NPD-Fraktion noch andere als unsichere Kantonisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. Januar 2006, S. 4.

²⁴ Zitiert nach Sven Heitkamp, Sächsische NPD-Fraktion verweigert das Auschwitz-Gedenken, in: Die Welt v. 12. Januar 2006, S. 4.

4. Nicht organisierter, gewalttätiger Rechtsextremismus: das Beispiel der Skinheads

Die Ausführungen müssen gleich mit zwei Einschränkungen beginnen: *Erstens* sind nicht alle „Glatzen“ rechtsextremistisch. Die Subkultur der Skinheads ist britischen Ursprungs. Aufgekommen in den sechziger und siebziger Jahren, spielt die Bewegung seit den achtziger Jahren auch in der Bundesrepublik eine Rolle.²⁵ Neben unpolitischen Skinheads („Oi-Skins“) gibt es linke und linksextremistische („Redskins“). In der Öffentlichkeit herrscht jedoch vielfach die Wahrnehmung vor, Skinheads seien generell rechtsextremistisch ausgerichtet. Musik spielt für die Skinheads als zusammenschweißendes Element eine große Rolle.

Zweitens zeigen sich längst nicht alle rechtsextremistisch orientierten Skinheads gewalttätig. Ein Teil der Gewalttaten ist auf Personen zurückzuführen, die diesem Milieu nicht entstammen. Von den etwa 10.000 gewaltbereiten Rechtsextremisten gehört der größte Teil allerdings zur locker gefügten Skinheadszene mit ihrem diffus-völkischen Weltbild. Die Verfassungsschutzbehörden haben versucht, die Öffentlichkeit über diese zu informieren.²⁶

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre beging eine jugendliche rechtsextremistische Subkultur – oft unter Alkoholeinfluss und in der Clique – eine Vielzahl gewalttätiger Ausschreitungen gegen Fremde, im Osten deutlich mehr als im Westen. Vor allem martialisch auftretende Skinheads taten sich dabei unrühmlich hervor. Die Verstöße gegen die Menschenwürde sorgten in der öffentlichen Meinung für Furore, wodurch Nachahmungstaten nicht ausgeblieben sind. Zwar milderte sich diese Form diffuser rechtsextremistischer Gewalttätigkeit, doch ist sie in den neuen Bundesländern gleichwohl verbreiteter als in den alten, etwa dreimal so hoch. Den Daten zufolge wohnt fast die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremisten im Osten. Die höhere Aggressivität gegen Fremde ist ein Zeichen für eine insgesamt höhere Fremdenfeindlichkeit, wie dies Umfragen belegen, erklärbar wohl damit, dass manche Ostdeutsche Fremde als Konkurrenten empfinden, obwohl es im Osten weitaus weniger Ausländer gibt („Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde“). Mehr als jede zweite Gewalttat ist nach den Angaben der Verfassungsschutzbehörden fremdenfeindlicher Natur. Das Feindbild sind viel öfter Fremde als „Linke“. Die Offensivkraft von „Anti-Antifa“, gegenüber der „Antifa“ ist deutlich schwächer als umgekehrt.²⁷

Bei den meisten überwiegend jungen Tätern gibt es in der Regel keinen rechtsextremistischen „Vorlauf“.²⁸ Eine empirische Untersuchung zu fremdenfeindlichen Straftaten in Köln und Wuppertal gelangt zu dem folgenden Ergebnis: „Der politisch motivierte Einzeltäter mit einem entsprechend fest gefügten Weltbild ist die absolute Ausnahme.“²⁹ Häufig liegt diesen kriminellen Handlungen keine langfristige Planung zugrunde, ist vielmehr Alkohol im Spiel.

²⁵ Vgl. Christian Menhorn, *Skinheads: Portrait einer Subkultur*, Baden-Baden 2001; Klaus Farin/Eberhard Seidel-Farin, *Skinheads*, München 1993.

²⁶ Vgl. etwa: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Skinheads und Rechtsextremismus. Instrumentalisierung einer jugendlichen Subkultur*, 4. Aufl., Düsseldorf 2001; Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), *Skinheads*, Rostock 2003; Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), *Rechtsextremistische Skinheads*, Berlin 2003.

²⁷ Vgl. Uwe Backes, *Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von „Autonomen“, „Neonationalsozialisten“ und „Skinheads“ in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Uwe E. Kemmesies (Hrsg.), *Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur. Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus – Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie*, München 2006, S. 41-57.

²⁸ Vgl. u.a. Frank Neubacher, *Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren*, Bad Godesberg 1998.

²⁹ Michael Kubink, *Fremdenfeindliche Straftaten. Polizeiliche Registrierung und justizielle Erledigung am Beispiel Köln und Wuppertal*, Berlin 1997, S. 139.

Die Aktionen sind vielmehr das Produkt einer nicht verfestigten rechtsextremistischen Subkultur.

Wie die Statistik zu den Gewalttaten von rechts außen belegt, lagen die Zahlen 1992 mit 1.485 und 1993 mit 1.132 Delikten am höchsten.³⁰ Angesichts des scharfen öffentlichen Vorgehens und der hohen Strafen, die Gerichte verhängten, ging die Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zurück. Sie liegt seither jährlich unter 1.000. Die Zahlen sollten angesichts vielfältiger Grauzonen und unterschiedlicher Erfassungskriterien nur als Näherungswerte angesehen werden.

Was auf der politischen Linken mit der so genannten „autonomen Szene“ begonnen hat, setzt sich nun rechts fort. Trotz martialisch-nationalsozialistischer Kostümierung verfiert längst nicht jeder Skinhead das Gedankengut des NS-Systems. Die Subkulturen der „Autonomen“ und der „Skinheads“ weisen Parallelen und Unterschiede auf. Statistisch erfassbare Unterschiede in der Tatspezifik (z.B. Überwiegen von Landfriedensbrüchen bei den Autonomen, zahlreiche Brandanschläge und Körperverletzungen bei den Skinheads) lassen sich zum Teil aus der sozialen Charakteristik der Akteure erklären (z.B. niedriges Durchschnittsalter, niedriger Bildungsstand, Neigung zu körperlicher Gewalt bei den Skinheads; höheres Alter, hoher Bildungsgrad, hohes planerisch-technisches Können bei Linksterroristen).³¹

In der Öffentlichkeit wird nicht immer der Unterschied zwischen dem fest organisierten, nicht gewalttätigen Rechtsextremismus und dem locker organisierten, gewalttätigen auseinander gehalten, wiewohl es Schnittmengen gibt. „Hinter den verschiedenen rechtsextremen Akteuren steckt kein geheimes Koordinationszentrum, das die Steuerung der Teile mit Befehlsketten nach dem Top-down-Muster übernimmt, kein gemeinsamer Wille und keine von allen geteilte, verbindliche Ideologie. So haben die rechtsextremen Parteien die Gewaltwelle Anfang der 90er Jahre nicht befohlen (sie wurden selbst überrascht), und sie konnten deshalb auch die Gewalt nicht kontrollieren. Ebenso wenig haben sie den Rechtsrock für die Bewegung entdeckt, sie wollen nur nachträglich daran verdienen und dieses Werbemittel für sich nutzen – das Lied ersetzt das Flugblatt.“³² So stimmig diese These ist, so problematisch nimmt sich Erbs These von der „Arbeitsteilung“³³ zwischen den gewalttätigen Kräften und den nicht-gewalttätigen Organisationen aus. Profitiert eine Organisation wie die NPD wirklich von den Gewaltexzessen?

5. Schluss

Die Gründe für den insgesamt höheren Grad des Rechtsextremismus im Osten Deutschlands als im Westen (das gilt für die nicht-gewalttätige Variante ebenso wie für die gewalttätige) sind zum einen die Erblast des „realen Sozialismus“, zum andern die Folge der schwierigen Transformation, die Verwerfungen hervorruft. Die beiden Ursachen bedingen zum Teil einander. Die DDR, keine weltoffene Gesellschaft, schirmte die Bevölkerung weitgehend vor dem Einfluss von außen ab. Toleranz und Liberalität gegenüber anderen Kulturen konnten so nicht gedeihen. Bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verschafften sich rechtsextremistische Kräfte rabiat Gehör. Die These, sie seien eine Folge des Kapitalismus, war offenbar unhaltbar. Schließlich ist die urplötzliche Transformation von einer Diktatur in eine

³⁰ Vgl. die Übersicht bei Steffen Kailitz (Anm. 1), S. 103-110.

³¹ Vgl. für Einzelheiten Uwe Backes/Eckhard Jesse (Anm. 3), S. 307-327.

³² So Rainer Erb, Ideologische Anleihen, Geschichtsbilder und Symbole rechtsextremer Jugendgruppen – „Neonazis“ und „Skinheads“, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln u.a. 2003, S. 301.

³³ Ebd., S. 303.

Demokratie mit gravierenden Umbrüchen und Identitätsverlusten behaftet. Manche Ostdeutsche sehnen sich in ihrer Hoffnungslosigkeit und Desorientierung nach einem Staat, der Arbeitsplätze schafft und soziale Sicherheit verbürgt. Gleichheitsdenken überlagert Freiheitsdenken. Antikapitalismus ist in den neuen Bundesländern gefragt. Ihn bedienen auf je unterschiedliche Weise die Linkspartei wie die NPD. Da manche ihr Leben als entwertet ansehen, fehlt ihnen das Zutrauen zur demokratischen Institutionenordnung. Rechtsextremistische Gruppierungen sind im Osten in aller Regel nicht antikommunistisch orientiert, sondern anti-kapitalistisch. Sie sehen im Westen, in den USA und in der Globalisierung ihren Hauptfeind, setzen sogar auf „nationale Sozialisten“. Das gilt für Parteien wie für „freie Kameradschaften“ gleichermaßen. Jugendmilieus, die sich vom Staat verlassen fühlen, sehen den Sündenbock in noch schwächeren Kräften. Der Demokratieaufbau (mit hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung) steht nicht unter annähernd so guten Vorzeichen wie der im Westen nach 1945, als wirtschaftliche Prosperität politische Stabilität bald förderte.

Das Ausmaß rechtsextremistischer Bestrebungen ist eine Mischung von Angebots- und Gelegenheitsstrukturen. Während die Angebotsstrukturen (z.B. das Fehlen eines charismatischen Führers) den Rechtsextremismus eher schwächen, erhöhen manche Gelegenheitsstrukturen im Osten das Aufkommen rechtsextremistischer Erfolge. So gibt es weniger intermediäre Kräfte. Die Schwäche gesellschaftlicher Vorfeldorganisationen, etwa der Gewerkschaften oder der Kirchen, begünstigt die mangelnde Widerstandskraft gegenüber fremdenfeindlichen Ressentiments.

Auch wenn Prognosen im Bereich des Extremismus mit einer hohen Fehlermarge versehen sind³⁴: Wer die Entwicklung im internationalen Vergleich betrachtet, sieht gleichwohl keine ernsthafte Gefahr durch den ostdeutschen Rechtsextremismus. Er findet fünfzehn Jahre nach der deutschen Einheit, anders als in der Weimarer Republik, bei den tragenden gesellschaftlichen Richtungen keinerlei Unterstützung: nicht bei den Gewerkschaften und nicht bei den Unternehmen; nicht in den Medien und nicht an den Universitäten; nicht bei den Intellektuellen und nicht bei den Kirchen. So genannte Modernisierungsverlierer können sich nicht auf die Eliten berufen. Die Abwehrhaltung tonangebender Schichten gegenüber jeder Art des Rechtsextremismus wurzelt angesichts der leidvollen Last der Vergangenheit tief. Diese Schatten verdunkeln die Chancen jeder Variante des Rechtsextremismus.

Gleichwohl ist ihm Aufmerksamkeit zu widmen. Seine Wandlungen sind ernst zu nehmen. So nimmt Musik zumal bei Skinheads eine zunehmend identitätsstiftende Funktion ein.³⁵ Konzerte von Skinheads haben Zulauf. Manche Bands besitzen in der „Szene“ eine Art Kultstatus. Auch die NPD versucht sich der Musik zu bedienen. So verteilte sie im Rahmen ihres Bundestagswahlkampfes 2005 eine „Schulhof-CD“ (Untertitel: „Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“) mit 14 teils antikapitalistisch angelegten Liedern und der Nationalhymne in allen drei Strophen.

Wie gut eignet sich Musik, um rassistische Inhalt zu transportieren? Stellt sie gar eine Art „Einstiegsdroge“ dar? Schreckt als „undeutsch“ geltende Rockmusik nicht rechtsextremistische Wähler ab? Sind Verbote und Indizierungen einschlägiger Songs im Internet-Zeitalter überhaupt sinnvoll und wirksam? Auf diese und andere Fragen soll das Symposium eine Antwort geben.

³⁴ Vgl. dazu jetzt Uwe E. Kemmesies (Anm.25).

³⁵ Vgl. beispielsweise Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.), Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Berlin 2001.

Über den Autor:

lehrt Politikwissenschaft

zahlreiche Veröffentlichungen u.a. über Demokratie-, Diktatur- und Extremismusforschung

Zur psychologischen und politischen Wirkung rechtsextremer Musik

Das zu erklärende Phänomen ist schnell beschrieben: Die Rechtsextremen verteilen „Schulhof-CDs“ und artikulieren in unterschiedlichen musikalischen Stilrichtungen ihr rechtsextremistisches Gedankengut. Wie alle Umfragen bestätigen, ist der Weg über die Musik ein effektiver, wenn man Jugendliche erreichen möchte. In keiner Altersstufe hat Musik eine derartig große Bedeutung wie bei jungen Leuten zwischen ca. 11 und 25 Jahren. Die Befürchtung ist deshalb groß, dass durch rechtsextremistische Musik, durch entsprechende Veranstaltungen und Tonträger eine hohe Akzeptanz der rechtsextremen Texte entsteht, und somit ein effektives Werbemittel für die rechtsextreme Szenerie zur Verfügung steht.

Diese bedrückende Hypothese soll im Folgenden unter Rückgriff auf empirische musikpsychologische Forschung geprüft werden. Und zwar in drei Punkten: 1. Politische Orientierung, Kultur und Musik – wie hängen sie zusammen? 2. Psychologische und politische Wirkungen rechtsextremer Musik und 3. Psychologische Perspektiven der Prävention von Rechtsextremismus.

1. Politische Orientierung, Kultur und Musik- wie hängen sie zusammen?

Der Rechtsextremismus gilt nach zahlreichen Untersuchungen (Frindte, 1998; Heitmeyer, 1987) als eine Kombination von Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit. Statt Fremdenfeindlichkeit kann man „Ungleichheit“ oder „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sagen. Das hat schon eine Befragung Thüringer Jugendlicher im Jahre 1993 (N = 1.177, Alter: 14-21 Jahre) von Frindte erbracht. In einer aktuellen Untersuchung (Dollase/Koch, 2006 i.V.) bei insgesamt 6.500 Personen in 12 Berufsgruppen ermittelten wir insgesamt nur geringe Prozentsätze, die sich einer rechtsextremen Partei zuordnen, z.B. bei Schülern 4 bzw. 3%, je nach Schulstufe, bei Arbeitern und Angestellten ca. 7%. Höhere Prozentsätze werden erreicht, wenn man eine Skala von Links bis Rechts vorgibt und die Betreffenden sich darauf einordnen: Hier stellten wir in den Stichproben der Sekundarstufe I und II-Schüler mit 10 bzw. 9%, bei Polizisten mit 13% und bei Arbeitern und Angestellten mit 18% deutlich höhere Werte fest. Bezogen auf Jugendliche würde man also ungefähr 10% rechtsextremistisch orientierte und rund 4 bis 5% rechtsextremistische Parteianhänger schätzen. Hier gibt es in der Bundesrepublik allerdings starke regionale Abweichungen. Wie bekannt, sind die Prozentsätze der NPD bei der letzten Bundestagswahl (2005) regional sehr unterschiedlich hoch gewesen.

Die kleine Vorbemerkung zur Definition des Rechtsextremismus und zu seiner Ausprägung in unterschiedlichen Berufsgruppen ist notwendig, um die aktuelle Größe des Problems Rechtsextremismus zu umreißen. Die erste Einschränkung ergibt sich aber dadurch, dass nicht jeder Rechtsextremist rechtsextremistische Musik hört, sondern, wie schon Studien in den 70er und 80er Jahren gezeigt haben, durchaus auch andere Musiksparten. So konnten wir (Dollase, Rösenberg, & Stollenwerk, 1986) Mitte der 80er Jahre im Volksmusikpublikum rund 15% Rechtsextremisten, bei Peter Alexander rund 10%, bei den Zuhörern des London Symphonic Orchestra knapp 10%, bei Boney M. 8%, bei dem Liedermacher Wolf Biermann 1% und

beim Klassikorchester im Gürzenich rund 5% Rechtsextremisten feststellen. Rechtsextremismus wurde als Standort auf derselben Skala gemessen, wie in der aktuellen Untersuchung 2006.

Noch deutlicher wird die Aussage, dass nicht alle Rechtsextreme rechtsextreme Musik hören, wenn man in großen Stichproben die rechtsextrem identifizierbaren Jugendlichen nach ihren Musikpräferenzen fragt. Das haben wir in einer Studie bei 7.800 nordrhein-westfälischen Jugendlichen der Sekundarstufe I getan. Von den insgesamt 43 rechtsextremistischen Jugendlichen (gemessen an der Parteipräferenz) hörten insgesamt nur 32,5% rechtsextreme Musik (hierbei wurden auch die „Onkelz“, „Rheinwacht“, „Kraftschlag“ und „Sturmwehr“ dazugezählt). Das heißt also, 67,5% der eindeutig rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen interessieren sich auch für andere Musikrichtungen, schlicht für den Mainstream.

Insgesamt gelingt eine Charakterisierung der anfälligen rechtsextremen Kinder und Jugendlichen, nicht unbedingt der Aktivisten und der Täter, die in vielen anderen Studien zum Rechtsextremismus untersucht worden sind, eher, wenn man sie aus einer Normalstichprobe herausfiltert. Bei einer derartigen Studie (die erwähnte Studie bei 7.800 S-I-Schülern in NRW) findet man mehr Jungen als Mädchen, mehr Haupt- und Gesamtschüler als Gymnasiasten, mehr Neunt- und Zehntklässler als Jüngere. Die Rechtsextremen sind in fast allen Lebensbereichen ähnlich zufrieden wie nicht rechtsextreme Schüler und Schülerinnen. Die These der Frustration als Ursache für Rechtsextremismus lässt sich ohnehin nicht halten. In der Liechtensteiner Jugendstudie wurden erhebliche Prozentsätze rechtsextremer und gewaltbereiter Kinder und Jugendlicher registriert – das Land hat keine Arbeitslosigkeit und eine geringe Ausländerquote. In einigen Bereichen sind allerdings diese rechtsextremistischen Kinder und Jugendlichen abweichend: Sie sind mit Eltern und Familien nur eher durchschnittlich zufrieden, während die anderen „sehr zufrieden“ sind. Das Verhältnis zu Lehrkräften und zur Schule ist deutlich schlechter, nicht aber die schulische Leistung oder die Beurteilung der Klassenkameraden. Sie halten Lehrer für deutlich weniger nett, sprechen nicht gerne mit ihnen, halten Schule für langweilig, und -oft vergessen- sie sind deutlicher antireligiös. Sie verlangen bei Streitigkeiten Solidarität von der Klasse, stärker als andere Jugendliche. Die rechtsextremen Kinder und Jugendlichen halten sich für streitlustiger, geben im Streit nicht gerne nach, bezeichnen sich selbst als lebhaft und unbekümmert, sie halten sich selber deutlich für aggressiver und gewalttätiger, sie sind extrem fremdenfeindlich und hundertprozentig mit Deutschland identifiziert und engagiert, sie hören öfter rechte Rockmusik, keine Boy- oder Girl-Groups, ihr Lieblingsfach ist Sport. Ihre soziometrische Stellung, d.h. ihr Ansehen bei den Gleichaltrigen, ist überraschenderweise positiv.

Das Bild der glatzköpfigen, häufig betrunkenen Rechtsextremen kann in der gewählten Methodik – Herausfiltern von rechtsextremen Jugendlichen aus einer großen Normalstichprobe – nicht festgestellt werden. Paradoxien, wie etwa der Fall, in dem eine Mutter als Sozialpädagogin in der Prävention von Rechtsextremismus tätig ist, der Sohn aber ein stadtbekannter Nazi – müssten sich bei dieser Sachlage häufiger ergeben. In der genannten Familie ist im Übrigen ein reger diskursiver Austausch über politische Fragen festzustellen gewesen, bis man aufgrund der vielen Streitereien über den richtigen politischen Weg bei den immer noch regelmäßigen Treffen im Kreise der Familie auf Politikthemen ganz verzichtet hat.

Jugendliche orientieren sich an Vorbildern. Bei den rechtsextremen Jugendlichen sind es 21%, die rechtsextreme Persönlichkeiten angeben, wenn sie nach Vorbildern gefragt werden. Nicht mehr und nicht weniger. 16% wählen Personen aus ihrer eigenen Familie, 7% Sportler, 16% Medienstars, der Rest hat „Sonstige“ genannt. Manchmal Bekannte, Freunde etc.

Welchen Sinn hat eine solche Charakterisierung? Rechtsextreme Kinder und Jugendliche sind Teil dieser Gesellschaft und sie haben Präferenzen entwickelt, die sie mit vielen Jugendlichen teilen. Nur ein kleiner Teil von ihnen lebt in einer isolierten Subkultur, die allein durch rechtsextremistische Vorbilder, durch Frustration, durch Suff und durch rechtsextremistische Musik zu kennzeichnen ist. Selbst bei eindeutiger Identifizierung als Rechtsextremer sind die musikalischen Präferenzen nicht einhellig auf rechtsextreme Musik fixiert: Auch andere Musik wird von der Mehrheit der Rechtsextremen goutiert. Auf der anderen Seite konnte man immer und wird es auch immer können in allen möglichen Musikkonzerten rechtsextremistisch gesonnene Menschen identifizieren.

2. Psychologische und politische Wirkungen rechtsextremer Musik

Für eine Analyse der möglichen Wirkungen rechtsextremistischer Musik muss man sehr deutlich zwischen Text und Musikaussage unterscheiden. Die Textaussage hat eine explizite politische Mitteilung (die denotative Sinnentnahme ist in jedem Fall größer, präziser als die konnotative, die assoziative). Fraglich dabei ist allerdings immer auch noch, ob man den Text richtig versteht. Bei HipHop, Rap, Punk, Hardrock ist ein Textverstehen aufgrund der Gröberei bzw. der synkopisch abgehackten Art und Weise der Textpräsentation kaum möglich. Anders natürlich bei rechtsextremen Liedermachern, hier versteht man den Text gut. Die Musikaussage kann keine explizite politische Mitteilung haben. Die konnotative, assoziative Sinnentnahme ist bei Musik in jedem Fall größer, aber auch unpräziser als die denotative. Musik kann nur in extremen Konditionierungsfällen eine denotative politische Bedeutung haben. „La Prelude“ von List, als Ankündigung für Meldungen von der Front im 2. Weltkrieg im Radio gespielt, hat dadurch eine eindeutige politische Konnotation enthalten, fast eine denotative. Man kann das auch so ausdrücken: Musik sagt dem Konsumenten nichts Eindeutiges – das tut der Text. Allerdings hat der Text auch eine assoziative Bedeutung und die Musik kann durch Dressur eine denotative Bedeutung bekommen.

Die möglichen Nebenwirkungen politisch konditionierter Musik müssen genauer betrachtet werden. Wir müssen uns fragen, wie Musik ein politisches Symbol werden kann, wenn sie denn schon keine konkrete Aussage hat. Dies geschieht durch Konditionierung bzw. Assoziation mit Politik. Die entsprechenden Theorien, in denen dieses psychologisch gefasst wird, sind das Klassische bzw. Operante Konditionieren, auch das Modelllernen. Mit Hilfe dieser Theorien, die auf tausenden von empirischen Ergebnissen fußen, kann man sehr gut erklären, warum manche Musik eine politische, symbolische Bedeutung erhalten kann. Politische Aussagekraft gewinnt Musik nur durch einen willkürlichen (historischen) Konditionierungsprozess.

Allerdings: Die Entschlüsselung der möglichen politischen Botschaft von Musik kann nur am Individuum ansetzen, da es zwischen individueller und kollektiver Konditionierung Brüche geben kann. Ein Beispiel: Ein Requiem, früher nur kollektiv konditionierbar, weil es nur bei einer Trauermesse in der Kirche aufgeführt wurde, ist heute wegen der Tonträger auch als Freizeitmusik oder als Begleitung bei einem Wannenbad zu hören (=individuelle Konditionierung). Unter Umständen kann heute wegen der technischen Möglichkeit, Musik überall und in allen möglichen Konditionierungskontexten zu hören, die individuelle Assoziation zur Musik eine ganz andere sein als die offiziell intendierte. So wäre es auch denkbar, dass rechtsextremistische Musik nicht in einem politischen Kontext konditioniert wird, sondern in einem Freizeit- oder Alkoholkontext. Entsprechend müsste dann auch ihre Symbolkraft oder ihr Assoziationsspektrum ausfallen (z.B. Grölmusik im Suff). Töne erhalten also einen etwaigen emotionalen und kognitiven politischen Mitteilungscharakter nur durch Dressur.

Dieser Mitteilungscharakter muss aber nicht unbedingt die intendierte Wirkung erreichen. Der Nachweis, dass Musik einen Mitteilungscharakter haben kann, heißt ja nicht, dass der Betreffende, der einen politischen Appell hört, diesen auch gleichzeitig befolgt. Das gibt es ja noch nicht einmal bei einer klaren sprachlichen Mitteilung. Appelle verhallen ungehört, Anordnungen und Werbebotschaften werden nicht befolgt.

Bei der rechtsextremistischen Musik kann, wie bei allen Musikstücken, zu denen Text verfügbar ist, eine wechselseitige Konditionierung stattfinden. Zum Beispiel: Der rechtsextreme Text wird durch die gefällige Musik positiv konditioniert, mit der Folge, dass der Text attraktiver wird. Umgekehrt ist es auch denkbar: Die gefällige Musik bekommt durch den Text ein rechtsextrêmes Image. Die Folge könnte sein, Musik wird für Andersdenkende nicht mehr hörbar, sie wird rechtsextrem besetzt. Vielleicht wird sie wohl oder übel auch von andersdenkenden Jugendlichen gehört, dadurch gesellschaftsfähig, aber es bleibt ein schaler Beigeschmack, eine gewisse Ambivalenz, weil man die Texte nicht mag und die Musik schon.

Die zentrale Frage ist, ob man durch rechtsextrem konditionierte Musik überzeugen kann. Ein erstes Problem taucht auf: Die Botschaft ist sehr diffus, da sich der Konditionierungsprozess vom Sender nicht präzise steuern lässt, und es gibt ein Risiko der geschmacklichen Ablehnung – die Musik gefällt einfach nicht. Ein zweites Problem: Eine Gegenkonditionierung der Musik ist sehr leicht. Man müsste nur den Text ändern oder den Text ironisieren, man könnte damit die rechtsextrem konditionierte Musik umdrehen. Ein drittes Problem: Musik ist nicht zentral für den politischen Sozialisationsprozess, sondern offenbar recht komplizierte, sozialisatorische Grunderfahrungen, Vermutungen über den Nutzen eines politischen Engagements etc. Die Erforschung der politischen Aktivität schreitet zwar immer weiter voran, dennoch bleibt unklar, welche Mechanismen tatsächlich so wirksam wären, dass man die politische Aktivität manipulieren könnte.

Wenn man fragt, ob man durch rechtsextrem konditionierte Musik politisch überzeugen kann, so müsste man natürlich auch fragen, ob man durch rechtsextremen (oder sonst wie politischen) Text generell überzeugen kann. Oder durch eine Kommunikation, eine Diskussion mit Rechtsextremen – wird jemand der Zuhörenden dadurch überzeugt? Auch hier ergeben sich wieder viele Probleme und Schwierigkeiten und es dürfte klar sein, dass auch das Anhören von rechtsextremen Parolen oder auch das Lesen entsprechender Schriftstücke nicht unbedingt dazu führen muss, dass man überzeugt wird.

Führt also eine politische Mitteilung über Text und/oder Musik dazu, dass man politisch beeinflusst wird? Die Antwort kann nur lauten: Das dürfte kein eindimensionaler Weg sein, sondern, ob man überzeugt wird, ist ein komplizierter Prozess. Genauer gefragt: Wann führt eine politische Mitteilung dazu, dass man sie ablehnt und wann dazu, dass man von ihrer Richtigkeit überzeugt wird? Die Antworten verweisen etwa auf Überzeugungstechniken, wie sie der Amerikaner Robert Cialdini in seinem Buch „Die Psychologie des Überzeugens“ beschrieben hat. Seine Erkenntnisse hat er aus der Analyse von Verkaufserfolgen, aber auch durch sog. Metaanalysen wissenschaftlicher Forschung gewonnen (Cialdini, 1997). Die Überzeugungsmethoden lauten: 1. Mit Anderen im Ausgleich leben wollen: Es ist mir unangenehm, auf Kosten Anderer zu leben, wer mir was gibt, dem gebe ich zurück. Rechtsextreme geben etwas und durch die Verteilung einer Schulhof-CD schaffen sie ein Reziprozitätsgefälle, das der Beschenkte wieder ausgleichen will. Das ist ein ganz üblicher Reklameweg, der mit dem Verschenken von Eintrittskarten oder CDs beschränkt wird. 2. Verpflichtungen einhalten: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn ich etwas versprochen habe, halte ich mich daran. Wenn ich versprochen habe, ein rechtsextrêmes Konzert zu besuchen, dann ist die Tendenz groß, dass ich es auch tue. 3. Tun, was sich bewährt hat: Alle tun es, alle haben es, es

hat großen Erfolg, es gibt tolle Vorbilder, deswegen tue ich es auch. Die Popularisierung und das Mächtigreden der rechtsextremen Szene macht diesen Überzeugungsmechanismus wirksam. Es gibt immer mehr, die Bewegung wächst immer mehr an, die Gefahr wird immer größer – manche, die das aus wohlmeinender Warnung der Öffentlichkeit tun, erweisen der Sache einen Bärendienst. 4. Sympathischen Menschen folgen: Er war attraktiv, hat mich gelobt, war kooperationsbereit, deswegen tue ich es auch – Rechtsextreme, die bei den Schulaufgaben helfen, die nett sind, die anderen Menschen aus Not helfen, die sich engagieren für die Lösung von praktischen Problemen, sind so gesehen viel gefährlicher als jene, die nur rechtsextreme Texte zur Popmusik trällern. 5. Kompetenten Ratgebern folgen: Er besaß fachliche Autorität, wusste genau Bescheid, hat alles richtig vorhergesagt, deswegen tue ich es auch. Dieser letzte Überzeugungsmechanismus verweist auf die Bedeutsamkeit einer politischen Diskussion. Nur zu oft werden auch Sozialarbeiter und Psychologen, die mit Rechtsextremen zusammentreffen, von deren politischen Wissen überrannt. Oft ist dieses Wissen nicht wirklich stichhaltig, aber sie blenden mit allerlei Zahlen und Zusammenhängen, die man aus dem Stand nicht sofort überprüfen kann. Diese allen naiven Gemütern erscheinende Kompetenz mancher Rechtsextremer ist ein wesentlicher Überzeugungsfaktor.

Schließlich gibt es auch Voraussetzungen für die Überzeugung durch rechtsextreme Musik. Neben persönlichen Eigenheiten, z.B. der leichten Beeinflussbarkeit, des mangelnden politischen Wissens, des naiven Glaubens an Schwarz-Weiß-Parolen, der Wunsch, in einer neuen Clique Anschluss zu finden, weil man in vielen anderen keinen gefunden hat, usw. Es gibt einen facettenreichen Mix aus lauter Gründen, warum sich jemand für rechtsextreme Texte und Parolen interessieren könnte. Wie Umfragen ja überall zeigen, sind diese Prozente zurzeit noch nicht sehr hoch. Das bedeutet allerdings nicht, dass es nicht lokale Schwerpunkte oder auch Landstriche geben könnte, in denen die Rechtsextremen die politische Deutungshoheit bei Jugendlichen besitzen.

Abschließend kann man einige Fragen auf der Grundlage einer lerntheoretischen Durchdringung der möglichen Überzeugungspotenz von rechtsextremer Musik beantworten. Erste Frage: Ist die rechtsextreme Musik ein Werbe- und Missionierungsmittel? Gefällige Musik konditioniert den Text und umgekehrt. Rechtsextreme Musik ist als Werbung erkennbar, der Erfolg aber, wie bei allen Werbebotschaften, durchaus fraglich. 2. Ist die rechtsextreme Musik eine „Einstiegsdroge“? Der Begriff ist eindeutig zu stark, weil er suggeriert, dass man beim Anhören rechtsextremer CDs in eine Art Koma fällt und sofort dem Rechtsextremismus verfallen ist. So einfach sind die Dinge in der Tat nicht, nur besonders beeinflussbare, leichtgläubige Personen könnten in dieser Art und Weise geworben werden. 3. Frage: Ist das kulturelle Umfeld ein Rekrutierungsfeld? Selbstverständlich würde man jemanden, der ein Konzert einer rechtsextremen Band besucht, ansprechen, ob er einer Vereinigung oder einem regelmäßigen Treffen beiwohnen möchte. Ob das aber gelingt, hängt von der Anwendung wirksamer Überzeugungstechniken ab. Man müsste schon genau hinsehen, wie der Kontakt etwa auf rechtsextremen Konzerten gestaltet wird. Gefährlich sind „sympathische“, nette Rechtsextreme, die den Menschen helfen, ihre Bedürfnisse befriedigen usw. 4. Hat die rechtsextreme Musik eine identitätsstiftende Funktion? Die Antwort ist eindeutig: Ja. Die gemeinsame Musik schafft eine Art Gruppengefühl. Allerdings muss man sich dieser Gruppe dann auch schon zugehörig fühlen. Es ist möglich, dass die Zuhörer die Musik goutieren, aber nicht die Texte. Oder sie finden die Texte vielleicht in Ordnung, aber die Musik eigentlich abstoßend. Erinnern wir uns, dass nicht alle Rechtsextreme Anhänger rechtsextremistischer Musik sind. 5. Kann rechtsextreme Musik eine langfristig wirkende rechtsextreme Politisierung auslösen? Selbstverständlich ist das möglich, wenn gleichzeitig andere Überzeugungsarbeit, d.h. also psychologisch wirksamere geleistet würde. Durch die Musik alleine wird eine solche langfristig wirkende rechtsextreme Politisierung wohl nicht möglich sein. Entsprechende Versuche

von Links im Gefolge der 68er Revolution sind alle mehr oder weniger im Sande verlaufen. Auch damals konnte ein Komponist sagen „Musik ist die beste Partearbeit, die ich machen kann“ (Hans Werner Henze) – ohne dass die Partei, für die er damals stand, in irgendeiner Form nennenswerte Kontingente der Zuhörenden auf sich gezogen hat.

Ist rechtsextreme Musik ein Symbol kultureller Proteste? Antwort: Ja. Insbesondere die akademische Jugend ist für symbolkulturellen Protest, wie Studien in Rock-, Jazz- und Unterhaltungsmusikpublika gezeigt haben, empfänglich. Dass man glaubt, durch Musik eine Veränderung herbeiführen zu können, ist ein typisch akademischer Glaube, der in den einfachen Schichten eher befremdlich wirkt.

Man muss auch sehen, dass es Mechanismen der Wirkungsbeeinträchtigung rechtsextrem konditionierter Musik gibt. Hier sind zu nennen z.B. die Tatsache, dass Werbung auch schon von Kindern durchschaut wird. Jugendliche durchschauen die Absicht einer CD mit rechtsextremen Texten. Es ist weiterhin möglich, dass eine geschmackliche und politische Ablehnung von Musik und/oder Text stattfindet. Es ist auch möglich, dass in den Kontexten, in denen rechtsextreme Musik aufgeführt wird, eine Gegenkonditionierung auftritt. Rechtsextreme Konzerte arten gelegentlich in Pöbeleien und Schlägereien aus, die für ein Großteil unserer Jugendlichen keinesfalls attraktiv sind. Der unangenehme Hörkontext, u.U. wird auch ein zu fanatisch auftretender Rechtsextremer als unangenehm empfunden, mindert ihre missionarische Potenz. Und schließlich: Realkulturelle Menschen – wie eben erwähnt – nehmen Symbolsysteme nicht sonderlich ernst. Die Symbolkultur ist eher bei der akademischen Jugend akzeptiert, die sich aber aufgrund ihrer eher Mitte-Links-Orientierung sehr stark in Umfragen vom Rechtsextremismus distanziert.

3. Psychologische Perspektiven der Prävention von Rechtsextremismus

Die kurze Analyse sollte nicht beendet werden, ohne einen Blick auf die wichtigeren Faktoren zur Prävention des Rechtsextremismus aus psychologischer Sicht zu werfen. Eine personale Begegnung und politische Diskussion sind nach allen Erfahrungen aus der Unterrichts- und Erziehungsforschung immer wirksamer als organisatorische Maßnahmen (Dollase, 2001). Das bedeutet ganz konkret: Gefährdete Jugendliche brauchen Personen, zu denen sie ein gutes Verhältnis haben und die sich mit ihnen politisch auseinandersetzen und ihre Deutungsmuster mit ihnen aufrichtig und echt teilen. Die Bedeutung erwachsener Bezugspersonen für die politische Sozialisation wird meist unterschätzt, weil man sich heutzutage wenig Gedanken über die Potenzialität solcher Kontakte und Diskussionen in Bezugspersonenkontexten macht. Man glaubt, dies sei eine Angelegenheit für professionelle Psychologen und Pädagogen. Die Kontakthypothese zeigt aber zum Beispiel, dass die gemeinsame Arbeit auch mit Gleichaltrigen aus anderen Kulturen die Fremdenfeindlichkeit der Rechtsextremen abbauen kann.

Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft ergeben sich allerdings auch durch eine gestiegene Bedrohungssensibilität, und zwar bei Rechtsextremen bezogen auf das Selbst und auf Deutschland, weshalb eine Desensibilisierung notwendig ist. Der Amerikaner Roy Baumeister hat in einer Serie von Studien darauf hingewiesen, dass es deutliche Zusammenhänge gibt zwischen Narzissmus bzw. dem hierarchischen Selbstinteresse und der Gewaltneigung. In Alltagssprache übersetzt: Die überstarke Identifizierung mit Deutschland führt dazu, dass man „Deutschland“ schon durch geringe Zahlen von Zuwanderern gefährdet sieht. Das ist die Voraussetzung dafür, dass man die Zuwanderung bzw. Globalisierung auch dämonisieren kann. Gewalttäter lassen sich wenig gefallen, sie geben im Streit nicht gerne nach. Schüchterne und bescheidene Menschen sind viel weniger anfällig für Gewalttätigkeit und nationalistische Überhöhung. Wie jeder weiß, ist in manchen Staaten und manchen Bevölkerungsgruppen und

in verschiedenen Kulturen die Frage der Ehre eine enorm hochstilisierte. Schnell ist hier eine Beleidigung möglich – und gegen Beleidigung muss man sich militant wehren – so die problematische Logik der Extremen. Bei rechtsextremen Jugendlichen steht die hundertprozentige und überstarke Identifikation mit Deutschland im Vordergrund, die zu einer starken Bedrohungssensibilität geführt hat – eine Desensibilisierung ist nötig.

Es ist eine aktive Diskussion über die Demokratie als „beste aller schlechten Staatsformen“ – ein Spruch aus den 50er Jahren – nötig. Zur Demokratie gehört essentiell, dass man auch politisch verlieren kann und die Mehrheitsmeinung akzeptiert. Dieses Verlierenkönnen steht dem allgegenwärtigen Narzissmus natürlich entgegen. Ein Narzisst kann und darf nicht verlieren. Dass man eine Staatsform wie die Demokratie akzeptiert und sich für ihren Erhalt massiv einsetzt, setzt einen langen politischen Diskussions- und Lernprozess voraus, der am besten im öffentlichen Erziehungssystem begonnen wird. Natürlich will man nicht alle Fehlentwicklungen den Lehrern und Lehrerinnen aufhalsen, die ohnehin in manchen Schulformen stark überlastet sind, aber es wäre ein guter Weg, wenn in diesem Kontext, in dem alle Jugendlichen eines Staates für lange Jahre erreicht werden, ein klares Bewusstsein für die Bedeutung des Einsatzes für die Demokratie gestärkt werden könnte.

Literatur:

- Cialdini, R. (1997). *Psychologie des Überzeugens*. Bern: Huber.
- Dollase, R. (2001). Die multikulturelle Schulklasse - oder: Wann ist der Ausländeranteil zu hoch? In U. Wagner & R. van Dick (Eds.), *Fremdenföndlichkeit in Deutschland* (Vol. 9, pp. 113 - 126). Norderstedt: Zeitschrift für Politische Psychologie.
- Dollase, R., Rösenberg, M., & Stollenwerk, H. (1986). *Demoskopie im Konzertsaal*. Mainz: Schott.
- Frindte, W. (1998). Rechtsextreme Gewalt - sozialpsychologische Erklärungen und Befunde. In H. W. Bierhoff & U. Wagner (Eds.), *Aggression und Gewalt* (pp. 165 - 205). Stuttgart: Kohlhammer.
- Heitmeyer, W. (1987). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim: Juventa.

Über den Autor:

lehrt Psychologie an der Universität Bielefeld
zahlreiche Veröffentlichungen in den Bereichen Erziehungswissenschaften, Bildungs- und Unterrichtsforschung, Konflikt- und Gewaltforschung sowie Musikpsychologie/-soziologie

Martin Kaufmann

Referent im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)

Rechtsextremistische Musik in Thüringen – Lage und Tendenzen

Auch Thüringen sieht sich der Problematik einer rechtsextremistischen Szene gegenüber, die auf vielfältige Art und Weise ihren kruden Überzeugungen Ausdruck zu verleihen und potenzielle Sympathisanten an ihre Weltanschauung heranzuführen sucht. Wie bereits von meinen Vorrednern veranschaulicht, nutzen Rechtsextremisten hierzu auch Musik als zeitgemäßes Transportmedium, um insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsene für ihre Ansichten zu werben und quasi nebenbei auch noch finanzielle Gewinne zu erzielen. Dem gilt es, auch im Interesse des demokratischen Allgemeinwesens, u.a. durch eine gezielte Aufklärung vorzubeugen.

Aus diesem Grunde darf ich Ihnen im ersten Teil meiner Ausführungen anhand inhaltlicher, stilistischer und organisatorischer Ordnungsmerkmale zunächst übersichtsartig verschiedene rechtsextremistische Musikstile vorstellen. Dieser Abschnitt zeichnet zugleich ein „Lagebild rechtsextremistischer Musik“ auf Bundesebene, wohingegen sich der zweite Teil meiner Darlegungen der entsprechenden Phänomenbeschreibung auf Landesebene widmen wird.

A. Rechtsextremistische Musikstile

Zur leichteren Handhabbarkeit typologisieren die Verfassungsschutzbehörden das gesamte rechtsextreme Musikspektrum üblicherweise in „Skinheadmusik“ und „Musik von Liedermachern“. Daneben gibt es einige weitere musikalische Randbereiche, die zumindest partiell rechtsextremistisch beeinflusst sind. Aus diesem Spektrum werde ich jedoch im Folgenden lediglich den sog. „NS-Black-Metal“, kurz: NSBM, herausgreifen.

Einleitend zum Genre der Skinheadmusik:

Beschäftigt man sich mit diesem Thema, gilt es zunächst, ihre elementare Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der Szene herauszustellen. Skinheadmusik und -konzerte bilden *die* verbindenden Strukturelemente, die notwendig sind, um die im Grunde genommen auf ein Maximum an individueller Autonomie angelegte Skinheads subkultur zusammenzuhalten. Sie verleihen ihr eine gemeinsame Identität, stiften und bestärken gemeinsame Feindbilder und eine gemeinsame ideologische Werte haltung und bewirken somit einen gleichgerichteten Bewegungsdrang in einer ansonsten eher disziplinarmen Szene. Sie dienen mithin der Selbstvergewisserung und gleichen das Fehlen einer weiterführenden organisatorischen Verfestigung aus, zugleich ermöglichen sie es ihren Konsumenten, sich (dennoch) als Teil eines Ganzen, einer politischen Bewegung zu fühlen. Die über das Medium „Musik“ verbreiteten Hass- und Gewaltparolen können zudem *möglicherweise* bei dauernder Wiederholung und in Kombination mit anderen Faktoren (Gruppendynamik, persönliche Disposition usw.) nachhaltig verhaltensbeeinflussende Wirkung bei jugendlichen Fans der Skinheadmusik entfalten. Ganz sicher stiften die entsprechenden Konzerte ein Gemeinschaftsgefühl, das dazu beiträgt, die Szene im Ganzen zusammenzuhalten.

In den letzten 10 Jahren wuchs dieser Art der Musik jedoch auch zunehmend die Funktion eines strategisch bewusst genutzten Politisierungsinstrumentes zu, das von den entsprechenden

Protagonisten gezielt eingesetzt wird, um Jugendliche auf einem für sie im Alltagskontext vertrauten Terrain – der Musik – „abzuholen“. Zahlreiche Äußerungen bekannter Szenegrößen und -„Politstrategen“ belegen die hiermit verbundene Absicht, potenzielle junge Sympathisanten über diese musikalischen Konsumprodukte der „besonderen Art“ an die NS-Ideologie heranzuführen und sie der Szene anzunähern. So bekannte der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, in einem Interview vor einigen Jahren, dass Musik untrennbar zum besonderen Habitus der „nationalen Bewegung“ gehöre, genauso wie beispielsweise spezielle Szenekneipen oder Kleidungssymbole. Sie sei, so Voigt weiter, für die Szene wichtig, um zur „politischen Kraft zu werden und zur eigenen Identität zu finden“. Des Weiteren bekannte er, dass man „nationale Liedermacher“ brauche, um eine „Bewusstseinsveränderung in die Bevölkerung hineinzutragen“. So solle über das Liedgut insbesondere bei jungen Menschen Stolz auf das eigene Land und dessen Leistungen geweckt werden. Zudem könne man gerade junge Sympathisanten auf diese Weise mit als Identifikationsfiguren geeigneten „Helden“ der deutschen Vergangenheit bekannt machen.

Nach wie vor geht von den Darbietungen einschlägiger Bands und Interpreten eine schwer nachvollziehbare Sogwirkung auf Jugendliche und junge Erwachsene aus. Doch was genau macht die Musik der Skinheads für Jugendliche attraktiv? Worin besteht ihr spezielles Fludum, das ihr hilft, wenigstens ein lebendiges „Untergrunddasein“ zu führen?

Die Popularität dieser Musik als rein altersgeschuldetes Protestphänomen zu erklären, würde sicherlich zu kurz greifen. So drücken sich in der Musik der Szenebands zwar Aggressionen, Ängste und Wünsche junger Menschen aus, die anderswo weder artikuliert noch verstanden werden. Mit den Texten der Lieder werden aber auch ideologische Botschaften und Stereotype transportiert, die als Angebote zur Bewältigung alltäglicher Herausforderungen und Probleme verpackt und vom Publikum wohl auch so aufgefasst werden; nicht zuletzt, weil sie die hochkomplexe soziale Wirklichkeit der Jetztzeit auf einfache, leicht zu konsumierende Parolen aus einer vermeintlich „großen Epoche“ deutscher Geschichte reduzieren.

Die Inhalte einschlägiger Songtexte lassen sich zum größten Teil in einem „magischen Viereck“ aus Rassismus, Antisemitismus, Gewaltverherrlichung und Anspielungen auf die bzw. Glorifizierung der NS-Zeit verorten.

Auf der Grundlage eines diffusen „NS-tümelnden“ Weltbildes, das mit Anleihen aus dem monumentalen Glaubenshaushalt germanischer Götterwelten, militärischem Pathos, martialischem Männlichkeitsritus und dem „Gesetz der Straße“ angereichert wird, formen sich die Lieder der Skinheadbands zu einer Hymne aus Brutalität, Aggression und Menschenverachtung. Die immer wieder beschworenen Feindbilder, gegen die sich ihre Agitation richtet, sind neben Ausländern vor allem Juden, „rassisch Minderwertige“ (Asiaten, Schwarze, Homosexuelle usw.) und Politiker, aber auch die Exponenten des staatlichen Systems, z.B. Justiz und Sicherheitsbehörden.

Anklagen, Vorwürfe und Beschimpfungen gegen das „System“ und die durchgängig unterstellte „jüdische Weltverschwörung“ bestimmen den Tenor der Lieder, die sich über Schmähungen und unverhohlene Drohungen für gewöhnlich in brutale Verfolgungs- und Vernichtungsphantasien steigern. Man wähnt sich in einem Krieg gegen die herrschende Ordnung, an dessen Ende unweigerlich der „Tag der Rache“ für das „erlittene Unrecht“ stehen wird. Zum Teil sind die Inhalte der Lieder strafbewehrt, da sie beispielsweise den Tatbestand der Gewaltverherrlichung, Volksverhetzung oder der Aufstachelung zum Rassenhass erfüllen. Zudem sind die Texte, die auf einschlägigen Konzerten vorgetragen werden, häufig *noch* extremer als jene, die sich auf den in der Szene kursierenden CDs wiederfinden. Mitunter werden

auch strafrechtlich relevante Abbildungen – zum Beispiel NS-Symbole – für die Cover der CDs verwendet. Ein Teil der entsprechenden Tonträger wird jedoch auch bereits in der Entstehungsphase von Anwälten auf eine mögliche Strafbarkeit ihrer Texte geprüft, so dass schließlich nur „entschärfte“ Versionen in den Handel gelangen. Die „unzensurierten“ CDs werden schließlich „unter der Hand“ gehandelt und auf diesem Wege weiterverbreitet.

„Musikalisch“ stützen sich die Stücke überwiegend auf schnelle und harte Bass- und Schlagzeug-Beats, die dem Heavy Metal und verwandten Stilrichtungen (z. B. Hard Rock) entlehnt sind. Ihre „Melodien“ bestehen meist aus stakkatoartig aneinandergereihten Tonfolgen, die - mit der akustischen Brachialität eines Maschinengewehrs vorgetragen - nur schwer als Melodie kenntlich sind und oft von der grölenden Stimme des Sängers überlagert werden.

Beliebt und eingängig sind auch Melodien bereits bekannter Stimmungslieder oder Schlager, für die neue bzw. umgeschriebene Texte verwandt werden.

Das neben dem Tonträgermarkt wichtigste Forum zur Verbreitung einschlägiger Musik sind die Skinheadkonzerte. Dort kommuniziert man, knüpft Kontakte und tauscht Informationen aus, der Alkohol fließt in Strömen, zur Musik der Bands wird vor der Bühne in einer Art „Rempeltanz“ „gepogt“, kurz: man hat eine „gute Zeit“ zusammen und gibt sich dem gemeinschaftlichen Erleben unter Gleichgesinnten hin. Oft versuchen sich die Bands bei Live-Veranstaltungen mit aggressiven, menschenfeindlichen Formulierungen gegenseitig zu übertrumpfen. Die dadurch angestachelten Hitlergrüße oder Wechselgesänge zwischen Bands und Publikum steigern das aufputschende Erlebnis solcher Konzerte. So entsteht bei nationalen und internationalen Skinhead-Musikveranstaltungen ein enges Netz persönlicher Verbindungen. Das Publikum besteht bekanntlich zum überwiegenden Teil aus männlichen Skinheads, mit bis zu 20% Besucheranteil sind jedoch auch Frauen unter den Teilnehmern repräsentiert.

Insgesamt hat sich die Veranstaltungsfrequenz in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert, so dass vor allem in Ostdeutschland mittlerweile an fast jedem Wochenende rechtsextremistische Skinheadkonzerte stattfinden. Die Organisation dieser „Events“ liegt meistens in der Hand einschlägiger „Konzertveranstalter“, die selber jahrelang in der Szene aktiv waren bzw. noch sind und diesen „Markt“ mittlerweile als Wirtschaftsfaktor für sich erschlossen haben.

Wegen des anhaltenden behördlichen Verfolgungsdrucks ist die Szene zwischenzeitlich flächendeckend dazu übergegangen, die Organisation und Durchführung der Konzerte konspirativ zu betreiben, d.h., potenzielle Besucher wissen regelmäßig bis kurz vor Beginn des Konzertes nicht, wo die Veranstaltung ausgetragen wird. Sie werden oft per SMS oder Telefonketten über mehrere Stationen durch ein Netz an Vortrefforten und Kontaktpersonen bis zum eigentlichen Ort der Veranstaltung geschleust, was die Aufklärung der Sicherheitsbehörden erheblich erschwert. Als Alternative hierzu werden Skinheadkonzerte gegenüber den zuständigen Stellen auch als „Geburtstagsfeiern“, „Grillfeste“ u.Ä. deklariert, um ihren eigentlichen Zweck zu verschleiern, gesetzlich vorgeschriebene Anzeige- bzw. Erlaubnispflichten zu umgehen und Gegenmaßnahmen ins Leere laufen zu lassen. Mitunter mieten die Organisatoren sogar mehrere Objekte gleichzeitig an, um bei Maßnahmen der Sicherheitsbehörden kurzfristig ausweichen zu können.

Als Austragungsorte nutzt die Szene vor allem im Sommer gelegentlich auf Waldlichtungen errichtete „Freilichtbühnen“ mit Zelten, ansonsten finden die Konzerte in der Regel in Veranstaltungsräumen, aufgelassenen Industrieanlagen, Gewerbeflächen oder Privatobjekten statt.

Die Veranstaltungsräume sind oft mit Transparenten und Fahnen der regionalen Skinhead-Szene, international aktiver Neonazi- oder Skinhead-Organisationen bzw. Emblemen der auftretenden Bands geschmückt. Am Rande des Konzerts bieten „fliegende Händler“ aus der Szene – häufig indizierte – Tonträger mit Skinhead-Musik und szenetypische Accessoires (Kleidung, Aufnäher, Publikationen usw.) an.

Insgesamt ist die Zahl der Skinheadkonzerte in Deutschland in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Waren im Jahr 2003 bundesweit noch 119 dieser Veranstaltungen zu verzeichnen, so belief sich ihre Zahl im Jahr 2004 bereits auf 137. Dieser Aufwärtstrend fand im Jahr 2005 mit 193 Veranstaltungen seine Fortsetzung. Der regionale Schwerpunkt liegt nach wie vor in Ostdeutschland. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl erhöhte sich im Jahr 2004 auf etwa 165 Personen; im Jahr 2005 blieb diese Zahl in etwa gleich. Im Jahr 2005 fanden bundesweit 11 Konzerte statt, an denen mehr als 300 Besucher teilnahmen.

Von 106 im Jahre 2004 auf 142 im Jahre 2005 zugenommen hat auch die bundesweite Zahl der rechtsextremistisch ausgerichteten Bands, die bei Konzerten auftreten bzw. eigene Tonträger veröffentlichen. Allerdings weisen diese Gruppen eine hohe Fluktuation auf, d. h., sie bestanden zum Teil nur kurz und lösten sich rasch wieder auf. Darüber hinaus wechselten Bands, teilweise bei gleichbleibendem Mitgliederstamm, mehrfach ihre Namen. Der Trend, sich in verschiedenen Bands zu gemeinsamen Projekten zusammenzufinden, setzte sich auch im vergangenen Jahr fort.

Neben den eigentlichen Konzertveranstaltungen gibt es auch noch eine Reihe kommerzieller Internetforen und -tauschbörsen, wo entsprechendes Liedgut, beispielsweise im mp3-Format, einem erweiterten Interessentenkreis zugänglich gemacht wird. Daneben erfolgt die Verbreitung und Vermarktung von Skinhead-Musik und dazugehörigem „Beiwerk“ durch einen zwischenzeitlich weitgehend professionalisierten Direkthandel mit Tonträgern, Szenekleidung und Devotionalien. Entsprechende Musik und Szenepartikel werden überwiegend durch Internet-gestützte Vertriebsplattformen, in Szene-Läden oder von Klein- und Kleinsthändlern am Rande von Veranstaltungen verkauft. Durch diese Art des „Ameisenhandels“ bzw. die zugenommene Internetnutzung zur Abwicklung von Kauf- und Versandgeschäften sind verlässliche Aussagen zu getätigten Gewinnen und Umsätzen kaum möglich. Als Indiz für die gestiegene wirtschaftliche Attraktivität des rechtsextremistischen Musikmarktes mag jedoch gelten, dass sich die Zahl der Szene-Vertriebe, die in größerem Umfang bundesweit rechtsextremistische Musik und Szenepartikel anbieten, in den letzten Jahren leicht erhöht hat.

Das zweite, weniger publikums- und damit auch wirtschaftsträchtige Element des rechtsextremistischen Musikspektrums bilden die Liedermacher, sogenannte „nationale Barden“, „Volkssänger“ usw. Etwa 20 dieser Musikinterpreten sind in Deutschland aktiv, teils regional, teils bundesweit. Ein Teil von ihnen veröffentlicht eigene Tonträger. Darüber hinaus verfügen einige von ihnen über eigene Homepages.

Liedermacher stellen mit ihrem vergleichsweise geringen logistischen Aufwand zumindest für kleinere, regional begrenzte Veranstaltungen eine für die Szene lohnende Alternative zu Skinheadkonzerten dar, um gezielt politische Inhalte zu transportieren. Sie werden gerne zur musikalischen Untermalung von Kameradschaftsabenden, Kundgebungen des Neonazispektrums oder auch Parteiveranstaltungen eingeladen. Oft sind die Teilnehmerzahlen entsprechender Musikveranstaltungen deutlich niedriger als z.B. bei Skinheadkonzerten, auch sind sie in ihrer Außenwirkung weniger laut und provokativ. Zwar kommt Liedabenden wegen ihres eher subtilen Anspruches in der subkulturellen Szene nicht dieselbe Bedeutung zu wie Konzerten mit Skinheadbands. Nichtsdestotrotz wird den entsprechenden Musikaktivisten

auch von Skinheads durchaus Anerkennung und Lob für ihre „künstlerischen Verdienste“ um die „nationale Bewegung“ zuteil. Im Jahr 2004 fanden in Deutschland insgesamt 42 rechtsextremistische Lieder- und Balladenabende statt, bei denen der musikalische Beitrag den Schwerpunkt der Veranstaltung bildete. Diese Zahl hat sich im Jahr 2005 auf 52 erhöht.

Die Musik dieser Interpreten erinnert von der akustischen Wahrnehmung z.T. an die Darbietungen der bekannten deutschsprachigen Liedermacher der 60er und 70er Jahre. Teilweise sehen sich rechtsextremistische Folksänger aufgrund ihres sozialkritischen Habitus auch in einer zumindest stilistischen Traditionslinie zu Letzteren (so gibt zum Beispiel der bekannteste rechtsextremistische Liedermacher, der Württemberger Frank Rennicke, auf seiner Homepage als einen seiner Lieblingssänger Reinhard Mey an). Ihre Lieder werden zumeist ausschließlich von Gitarren oder anderen Zupf- bzw. Streichinstrumenten begleitet, dementsprechend eingängig sind die zu Gehör gebrachten Melodien. Oft bedienen sie sich auch musikalischer Motive aus dem Gebiet des Volksliedes oder vertonen Weisen aus der Jugendbewegung und traditionelle Soldatenlieder.

Hinsichtlich ihres „handwerklichen Könnens“ und der Klangqualität ihrer Stücke heben sich die meisten rechtsextremistischen Liedermacher deutlich von den Skinheadbands ab. Die Texte ihrer Eigenkreationen sind zumeist ausgefeilt und von vergleichsweise höherer sprachlicher Güte. Über die balladenartige Musik transportieren sie auf emotionale Art und Weise neonazistische Ideologie-Elemente. So werden z.B. besonders häufig „Kriegserinnerungen“ vertont, die Vertreibung aus den „deutschen Ostgebieten“ beklagt, das Idyll der „deutschen Familie“ besungen oder die Ideale der männlich-soldatischen Kampfgemeinschaft herausgestellt. Insgesamt drückt sich in ihren Stücken ein tiefempfundenes Unbehagen über die „modernen Zeiten“ aus, das von Zivilisationsängsten und Kulturpessimismus flankiert wird. Im Zusammenhang hiermit wird die Gegenwart textlich weitgehend auf die Probleme Arbeitslosigkeit, Drogen, „Überfremdung“, Umweltzerstörung, Kriminalität, Individualisierung, Entsolidarisierung der Gesellschaft etc. reduziert. Auch die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik dient als Aufhänger einer grundsätzlichen Systemkritik, die im Wesentlichen an den Aufmachern „Korruption“ und „Fremdsteuerung“ (durch „die“ Alliierten, „die“ Juden usw.) sowie der simplen Gleichung Demokratie=Schwäche festgemacht wird. Als Kontrapunkt und Gegenentwurf hierzu beschwören rechtsextremistische Liedermacher in ihren Stücken eine sehnsuchtsvoll-schwärmerische Erinnerung an die vermeintlich „gute alte Zeit“, d.h. die NS-Zeit, herauf, um auf diese Weise bei ihren jugendlichen Zuhörern positive Assoziationen hervorzurufen.

Auf diese Wirkung setzt auch das von deutschen Rechtsextremisten initiierte „Projekt Schulhof“, das den Sicherheitsbehörden seit Anfang 2004 bekannt ist. Durch die bundesweite kostenlose Verteilung von CDs mit rechtsextremistischen Inhalten an Schüler und Heranwachsende beabsichtigen die Initiatoren, nicht szeneangehörige Jugendliche und junge Erwachsene an diese Musik heranzuführen und ihr Interesse für rechtsextremistische Themen zu wecken. Mit Unterstützung einschlägig bekannter Vertriebe, Bands, Kameradschaften und Einzelpersonen produzierten die Urheber dazu mindestens 50.000 Exemplare eines Samplers mit Liedern rechtsextremistischer Skinheadbands und Liedermacher. Die Stücke, deren Auswahl die gesamte Bandbreite rechtsextremer Musikstile abdeckt, vermitteln in ihrer Gesamtheit demokratiefeindliche, rassistische, völkische und nationalsozialistische Ideologien. Zwar konnte die flächendeckende Verteilung des Samplers an Jugendliche bislang verhindert werden; der Verbleib des Großteils der 50.000 CDs mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ ist jedoch bis dato ungeklärt. Gegen den Auftraggeber der CD wurde vor dem Amtsgericht Stendal ein Gerichtsverfahren wegen des Verdachts der schweren Jugendgefährdung geführt. Im Zuge des Verfahrens wurde er durch das Gericht vom Vorwurf der An-

klage freigesprochen, da die schwere Jugendgefährdung der von ihm verantworteten Tonträger nicht offensichtlich sei. Nichtsdestotrotz vertraten die Richter die Auffassung, die auf der „Schulhof“-CD dargebotenen Inhalte seien rechtsextremistisch, systemfeindlich und jugendgefährdend.³⁶

Das Bemühen um die Produktion und Verteilung der „Schulhof“-CD ist unter anderem als Indikator für den gestiegenen Professionalisierungsgrad und eine gewisse Innovationsfähigkeit im rechtsextremistischen Musikvertriebswesen zu werten.

Auch die NPD versuchte, sich den Wiedererkennungswert, den das „Schulhof-Label“ zwischenzeitlich erlangt hat, zunutze zu machen und veröffentlichte im Zuge des Bundestagswahlkampfes unter dem Titel „Schulhof CD – Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“ einen eigenen Tonträger. Die strafrechtlich nicht relevante CD richtete sich durch die Art ihrer Aufmachung und ihre Inhalte vornehmlich an Jung- und Erstwähler. Einige Exemplare des Samplers wurden bereits etwa zwei Wochen vor der Wahl auch an zwei Thüringer Schulen verteilt.

Neben den beiden bereits skizzierten Musikstilen gibt es noch eine weitere Musikrichtung, in der rechtsextremistisches Gedankengut in einem kleinen, eng umrissenen Bereich an Bedeutung gewonnen hat. Es handelt sich hierbei um den sogenannten Dark- oder Black-Metal, eine aus der Gothic-Bewegung (umgangssprachlich: Gruftie) hervorgegangene Stilrichtung.

Zwar ist die Dark-Metal-Szene größtenteils unpolitisch, ein kleiner Teil hat sich jedoch zwischenzeitlich über die Scharnierfunktion neuheidnisch-rechtsesoterischen Gedankengutes an die Vorstellungswelt der rechtsextremen Szene angenähert. Als Ausdruck dessen entstand u.a. eine eindeutig rechtsextremistische Spielart der Black-Metal-Musik, der so genannte „NS-Black-Metal“ (NSBM). Die diesem Spektrum zuzuordnenden Bands verherrlichen den Nationalsozialismus, verwenden nazistische Symbole und betreiben in ihren Liedtexten rassistische bzw. antichristliche und antisemitische Propaganda. Häufig treten solche Bands auch auf Skinheadkonzerten auf. Zwar scheint, wie eingangs erwähnt, dieser Form der Musik bei den „Konsumenten“ aus der Szene mittlerweile ein etwas höherer Stellenwert zuzukommen, insgesamt reicht sie jedoch in Deutschland nach wie vor weder qualitativ noch quantitativ an den Skinhead-Musikmarkt heran.

Bundesweit ist seit einigen Jahren der Trend zu beobachten, dass rechtsextremistische Skinheadbands und Liedermacher in stärkerem Maße als früher bei Demonstrationen und Veranstaltungen auftreten, die von Neonazis oder der NPD organisiert werden. So wird zum Beispiel das jährliche „Pressefest“ des NPD-Organs „Deutsche Stimme“, eine in Sachsen abgehaltene Großveranstaltung, auf der sich regelmäßig tausende von Rechtsextremisten einfinden, durch ein Begleitprogramm aus szenebekanntem Skinbands und Liedermachern umrahmt. Dadurch sollen zusätzliche Besucher aus der Skinheadszene angelockt werden, die ansonsten wenig Interesse an einer politischen Kundgebung zeigen würden. So werden über das gezielte Vereinnahmen von Lifestyleelementen der Szene und die Umwidmung von reinen Agitationsveranstaltungen in „Freizeitevents“ mit politischem Anklang per se eher trockene politische Inhalte „mundgerecht“ aufbereitet und leichter konsumierbar.

³⁶ Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Tagungsbandes war der Ausgang der durch die zuständige Staatsanwaltschaft gegen die Entscheidung des Amtsgerichts Stendal eingelegten Revision noch offen. Der allgemeine bundesweite Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Halle gegen die „Schulhof“-CD vom August 2004 hatte somit weiterhin Bestand.

Mit der gleichen Zielrichtung gehen auch Szeneaktivisten vor, die versuchen, Konzerte und Demonstrationen räumlich und zeitlich miteinander zu verbinden. Dass das Konzept, Szene- und Parteiveranstaltungen zur Erhöhung der Werbewirksamkeit mit einem musikalischen Begleitprogramm auszustatten, aufgeht, zeigen die im Vergleich höheren Teilnehmerzahlen an derartigen Mischveranstaltungen.

B. Die rechtsextreme Musikszene in Thüringen

Im Folgenden möchte ich veranschaulichen, wie sich Rechtsextremisten auch in Thüringen des Mediums Musik bedienen, um ihre politischen und ideologischen Anliegen zu verbreiten.

Das in Thüringen populärste und wirkungsträchtigste Genre rechtsextremistischer Musik ist die Skinheadmusik. Dies ist nicht zuletzt auf die Infrastruktur der hiesigen rechtsextremen Szene – die mit etwa 440 Personen zum weit überwiegenden Teil aus Skinheads besteht – zurückzuführen. Die gewachsene Bedeutung dieser Art von Musik spiegelt sich vor allem in der seit etwa 2 Jahren steigenden Anzahl an Skinheadkonzerten im Freistaat wider. Waren 2003 noch 5 entsprechende Veranstaltungen in Thüringen zu verzeichnen, von denen eine aufgelöst wurde, so erhöhte sich diese Zahl im Jahr 2004 bereits auf 12. Für das Jahr 2005 bietet sich ein ambivalentes Bild. So sind gegenüber dem Jahr 2004 zwar erneut gestiegene Aktivitäten auf dem Sektor der Skinheadkonzerte zu beobachten. Im Verlauf des Jahres 2005 wurden 10 Konzerte vollständig, d. h. ohne Eingriff von außen, durchgeführt. Weitere 15 Konzerte wurden jedoch durch die Behörden aufgelöst bzw. bereits im Vorfeld verhindert. Aufgrund der Tätigkeit der Sicherheitsbehörden kann die Szene ihre gesteigerten Aktivitäten im Ergebnis also augenscheinlich nicht in eine höhere Anzahl „gelungener“ Konzerte ummünzen.

Auch scheinen die durchschnittlichen Teilnehmerzahlen im Jahr 2005 insgesamt rückläufig zu sein, nachdem sie von 2000 an kontinuierlich angestiegen waren. So sind Konzerte mit mehr als 200 Teilnehmern bereits eher die Ausnahme. Eine solche Ausnahme bildete das im April in Pößneck veranstaltete Skinheadkonzert, das von mehr als 1.000 Personen besucht wurde. Die insgesamt zu beobachtende Entwicklung hin zu kleineren Konzerten dürfte dem bereits erwähnten zunehmendem behördlichen wie öffentlichen Druck geschuldet sein. Da die Veranstalter nunmehr jederzeit Exekutivmaßnahmen zu gewärtigen haben, suchten sie ihr unternehmerisches Risiko, mit eventuell aufgelösten oder verhinderten Konzerten größere finanzielle Verluste hinnehmen zu müssen, indes möglicherweise auch bewusst durch die Splittung auf eine Anzahl kleinerer Konzerte abzufedern.

Im Rahmen der angeführten Konzerte traten regelmäßig sowohl Skinheadbands aus Thüringen, als auch solche aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland auf. Insgesamt wurden im Jahr 2005 im Freistaat Aktivitäten von etwa 15 Bands mit rechtsextremistischen Bezügen bekannt. Diese Gruppen bestritten ihre Auftritte vorwiegend innerhalb der Landesgrenzen, zum Teil aber auch in den umliegenden Bundesländern. Vereinzelt nahmen Thüringer Bands darüber hinaus auch Auftritte auf Konzerten im benachbarten Ausland, insbesondere in Österreich, wahr. Zu den aktivsten und populärsten Bands aus dem Freistaat zählen die Gruppen „Blutstahl“ aus Jena und „Radikahl“ aus Weimar; beide traten nicht nur regional, sondern auch deutschlandweit auf.

Der überwiegende Teil der Thüringer Skinheadbands ist jedoch nicht nur im Rahmen von Konzerten aktiv, sondern hat auch eigene Tonträger herausgebracht, die über die üblichen Vertriebsstrukturen zu beziehen sind. Die Zahl der im Freistaat ansässigen Versandunternehmen bzw. Vertriebe, die das entsprechende Marktsegment abdecken, liegt im einstelligen Bereich. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang u.a. der „W&B“-Versand des deutsch-

landweit bekannten Neonazi-Aktivisten und NPD-Funktionärs Thorsten Heise, der über sein in Fretterode/Eichsfeld ansässiges Unternehmen sowohl ein eigenes Tonträgerlabel („W&B Records“) als auch einen umfangreichen Szenehandel betreibt. Daneben hat sich auch der „Aufruhr“-Versand mit Sitz in Gera aufgrund seines breitgefächerten Lieferangebotes als einer der bekanntesten Thüringer Vertriebe in der Szene positionieren können. Neu hinzugekommen im Bereich Tonträgerproduktion/-vertrieb ist das Label „Germania Records“ aus Sondershausen, dessen Produkte gleichfalls über die Homepages einschlägiger Versandhäuser zu beziehen sind. Des Weiteren existieren in Thüringen auch diverse Szene-läden, in denen entsprechende CDs, Kleidung und sonstige Devotionalien erworben werden können. Derartige Geschäfte befinden sich u.a. in Erfurt, Gera, Jena, Meiningen und Weimar.

Bei einem Zahlenpotenzial von etwa 440 Skinheads im Freistaat ist davon auszugehen, dass diese die o.g. Möglichkeiten nutzen, um sich mit Devotionalien u.Ä. zu versorgen. Dabei ist der regionale Musikmarkt wohl zweigeteilt. Während über die regulären Versand- und Vertriebswege mit den Mitteln des Strafrechtes überwiegend nicht zu belangende Tonträger und Szeneartikel gehandelt werden, nutzt die Szene konspirative Vertriebswege, um insbesondere strafrechtlich sanktionierte Tonträger zu verbreiten.

Das Thüringer Innenministerium hat den mit den Konzerveranstaltungen rechtsextremistischer Skinheadbands verbundenen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bzw. dem aus einer Häufung von derartigen Konzerten zu erwartenden Reputationsschaden des Freistaates bereits frühzeitig im sog. „Skinheaderlass“ Rechnung getragen. Um den zuständigen Stellen Rechts- und Handlungssicherheit im Umgang mit dem Problem der Skinheadkonzerte zu vermitteln, werden in diesem Erlass u.a. die ordnungs- und polizeirechtlichen Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten gegen Skinheadkonzerte präzisiert. Darüber hinaus fixiert die ministerielle Vorgabe die Eingriffsschwelle für entsprechende Exekutivmaßnahmen bewusst niedrig. Als Leitvorgabe für polizeiliches Handeln gilt hierbei, alle rechtlich zu Gebote stehenden Mittel zur Verhinderung von Skinheadkonzerten konsequent auszuschöpfen und zur Anwendung zu bringen.

Im Fokus der Thüringer Sicherheitsbehörden befinden sich jedoch nicht nur die bereits ausführlich behandelten Skinheadkonzerte, sondern auch die Auftritte rechtsextremistischer Liedermacher aus dem Freistaat. Diese werden auch in Thüringen zur musikalischen Untermauerung von Demonstrationen, Kameradschaftsabenden, Liederabenden und Parteiveranstaltungen der NPD herangezogen und erhalten so die Möglichkeit, ihre Ideologie auf musikalischem Wege einem breiteren Publikum näherzubringen.

Zwar verfügt die hiesige Szene nicht über Liedermacher vom Bekanntheitsgrad eines Frank Rennicke, nichtsdestotrotz gibt es auch hier einige Protagonisten, u.a. aus Gera und Jena, die sich über ihre Aktivitäten einen zumindest regionalen Ruf als „Barden der Bewegung“ zu erarbeiten versuchen. Ein Liedermacher aus Rudolstadt ist durch seine CD-Veröffentlichungen auch auf überregionaler Ebene hervorgetreten.

Im Bereich des NS-Black-Metal entfaltet neben einigen Gruppen, die sich sowohl mit Skinhead- als auch mit NSBM-Musik auf Konzerten verdingen, in Thüringen vor allem die Band „Totenburg“ aus Gera weitergehende Aktivitäten. Sie veröffentlichte bislang sechs CDs und absolvierte zahlreiche Auftritte auf Skinheadkonzerten. Trotz ihres für die rechtsextremistische Skinhead-Szene eher untypischen Musikstils genießt „Totenburg“ szenübergreifend große Popularität. Die Gruppe besteht aus bekannten Rechtsextremisten und bekennt sich zu nationalsozialistischen, antisemitischen und völkisch-kollektivistischen Positionen.

Was die allgemeinen Trends in der Szene anbelangt, so schlägt sich auch in Thüringen der Versuch namentlich der NPD, über Musik potenzielle Sympathisanten zu gewinnen, in entsprechenden Veranstaltungen nieder. Tendenziell führt dies dazu, dass die Teilnehmerzahlen bei NPD-Veranstaltungen mit musikalischem Begleitprogramm signifikant höher liegen als bei „klassischen“ Kundgebungen, die sich ausschließlich auf die Vermittlung politischer Propaganda durch Redner usw. beschränken.

Exemplarisch für die neuentstandenen Veranstaltungsformen sei hier u. a. eine Veranstaltungsreihe des NPD-Kreisverbandes Gera aufgeführt. Dieser verfügt über enge Kontakte zur ortsansässigen Skinheadszone und organisierte am 9. Juli 2005 in Gera bereits zum dritten Mal eine politische Sommerkundgebung (Motto: „Gegen Globalisierung und soziale Mißstände“, so genanntes „Friedensfest“), bei der sich trotz auftretender Redner die politischen Inhalte auf ein Minimum beschränkten. Der eigentliche Schwerpunkt der Veranstaltung, zu der sich etwa 700-750 Teilnehmer zusammenfanden, lag auf den musikalischen Beiträgen.

Wie eng mittlerweile die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem organisierten Rechtsextremismus und der subkulturellen rechtsextremen Musikszene sind, belegt auch der am 2. April 2005 im „Schützenhaus“ in Pößneck/Saale-Orla-Kreis abgehaltene Landesparteitag der Thüringer NPD. Im Anschluss an den Parteitag fand im selben Veranstaltungsort ein Skinheadkonzert statt, das zugleich als „Abschiedskonzert“ des bekannten Rechtsextremisten und Lead-Sängers der Szene-Kult-Band „Landser“, Michael Regener, alias „Lunikoff“, diente. An dem Konzert nahmen weit mehr als 1.000 Personen teil, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Als Veranstaltungsleiter trat der Vorsitzende des Thüringer Landesverbandes der NPD, Frank Schwerdt, in Erscheinung, der bis Mitte des Jahres 2005 zugleich das Amt des Bundesgeschäftsführers der Partei bekleidete. Dieses Konzert gehört zu den größten überhaupt jemals in Thüringen durchgeführten Skinheadkonzerten.

Auch die bereits erläuterte „Aktion Schulhof“ fand in Thüringen bereits ihren Niederschlag. So wurden Anfang August 2005 einige Exemplare der „Projekt Schulhof“-CD in verschiedenen Städten Thüringens aufgefunden. Die CDs wurden meist gezielt in Briefkästen von Personen bzw. Institutionen des öffentlichen Lebens eingeworfen. Das Thüringer Landeskriminalamt leitete daraufhin Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie der Verbreitung von schwer jugendgefährdenden Medien ein.

Die – individuell wie kollektiv wahrgenommene – Möglichkeit, Protest zu artikulieren und Opposition zu üben, gehört zu den unveräußerlichen Bestandsgütern einer freiheitlich verfassten Gesellschaft. Das hieraus abzuleitende Recht auf freie Meinungsäußerung, das, so schwer dies auch fallen mag, dem Grunde nach auch Extremisten zuzuerkennen ist, ist staatlicherseits wohlweislich nur unter eng definierten Voraussetzungen einzuschränken. Wer nun aber meint, hieraus eine Art „generellen Erlaubnistatbestand“ zur schrankenlosen Kampfansage an unser Gesellschaftssystem konstruieren zu können, der irrt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung findet seine Grenzen in den nicht zur Disposition stehenden Grundsätzen der Humanität, also dem unabhängig von Ethnie oder Nationalität geltenden unbedingten Recht des Individuums auf Anerkennung seiner physischen wie psychischen Integrität, seiner Ehre und seiner Würde. Rechtsextremisten missachten dieses Kulturaxiom, das ein friedliches Zusammenleben von Menschen in einer zunehmend globalisierten Gesellschaft erst ermöglicht. Nicht zuletzt in ihrer Musik drückt sich ein Maß an Menschenverachtung aus, das mit den Mitteln der Ratio nicht zu durchdringen und vor der Matrize unserer grundgesetzlichen Ordnung erst recht nicht zu tolerieren ist. Rechtsextreme Musik bedient sich einer teilweise krassen Gewaltterminologie, konstruiert Feindbilder und ergeht sich in simplen Schuldzuweisungen. Die

hierin bewusst zum Ausdruck gebrachte, geradezu programmatische Missachtung von Persönlichkeitsrechten prägt ihren Charakter als Kommunikationsmedium. Hierdurch fällt sie eindeutig aus dem Kanon dessen heraus, was als Form des sozialen Protestes noch gesellschaftlich akzeptabel ist. Unsere Verpflichtung gilt daher weiterhin der Aufklärung wie der Beobachtung der rechtsextremen Musikszene, um es staatlichen wie politischen Stellen zu ermöglichen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Gefahren einer solchen Propaganda vorzugehen.

Über den Autor:

Politikwissenschaftler, M.A.

Herausgeber

Thüringer Landesamt
für Verfassungsschutz (TLfV)
Öffentlichkeitsarbeit und
Berichtswesen

Haarbergstraße 61

99097 Erfurt

Tel.: 0361/4406-0

Fax: 0361/4406-251

Internet: <http://www.verfassungsschutz.thueringen.de>

E-Mail: kontakt@tlfv.thueringen.de